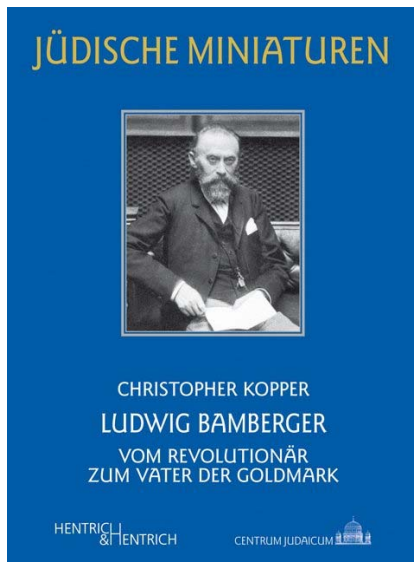


Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2016

Christopher Kopper: Ludwig Bamberger. Vom Revolutionär zum Vater der Goldmark.

Berlin: Hentrich & Hentrich, 2015 (= Jüdische Miniaturen, Band 165), 63 S., ISBN: 978-3-95565-089-6



In der an bewegenden Lebensläufen sicher nicht armen Geschichte des deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert gibt es wohl wenige, die so bewegend sind wie die Vita Ludwig Bambergers (1823–1899). Das mag einer der Gründe sein, weshalb er in den letzten Jahren mit zunehmender Frequenz zum Gegenstand von Biographien wurde. In Bambergers Leben spiegelt sich in vieler Hinsicht das Auf und Ab des deutschen Liberalismus der Zeit wieder.

Wer es eilig hat und sich einen schnellen und kurzweiligen Überblick verschaffen will, hat jetzt die Möglichkeit, dies mit Hilfe des kleinen, von Christopher Kopper verfassten Bandes aus der Reihe „Jüdische Miniaturen“ zu tun. Liest man das Büchlein, fragt man sich gleich, warum Bamberger erst mit dem 165. Band der „Jüdischen Miniaturen“ gewürdigt wurde.

In konziser Art und Weise lässt Kopper das Leben Bambergers Revue passieren: Die Jugend in Mainz, wo er als Jude vielerlei Diskriminierungen hinnehmen musste, sein Rechtsstudium, den Beginn seiner publizistischen Aktivitäten, seine Transformation zum Radikaldemokraten in der 1848er-Revolution (ohne allerdings je zum Sozialisten zu werden), die Beteiligung am Pfälzer Aufstand, dem das Exil in der Schweiz und England folgte. Dort wurde er schließlich Banker. Nach einer Amnestie durfte er wieder zurück nach Preußen, wo er sein Finanzwissen bald in den Dienst Otto von Bismarcks stellte. Als Parlamentarier folgte er bei der Spaltung der Liberalen nach 1860 den Nationalliberalen. Obwohl weiterhin in vieler Hinsicht recht strikten liberalen Prinzipien folgend (was ihn später doch in Konflikt mit Bismarck und den Nationalliberalen führte), glaubte er dennoch, dass seine ausgesprochen zentralistischen Ideen in Bezug auf die deutsche Einigung (deren Widerspruch zum Liberalismus in dem Band nicht deutlich diskutiert wird), nur über Bismarck und Preußens Macht zu erreichen waren.

Nach der Reichseinigung wurde Bamberger zum maßgeblichen Verbündeten Bismarcks bei der Einführung einer „Einheitswährung“, wobei Kopper bei seiner Schilderung besonderes Gewicht auf Bambergers Wirken für eine stabile Währung legt, die bei der Reichsmark dann auch besser gewährleistet wurde als es bei aktuelleren Währungsunionen bisweilen der Fall zu sein scheint.

Dies alles funktionierte nur so lange, wie Bismarck willens war, liberalen wirtschaftspolitischen Ideen zu folgen. Die Abkehr Bismarcks von der Freihandelspolitik 1878 und die darauffolgende Einführung staatlicher Sozialpolitik führten dann konsequenterweise zum Bruch. Dem folgte der Bruch auch mit den Nationalliberalen und die Wandlung zum fortschrittlichen Liberalismus. In den letzten Jahren seines Lebens verdüsterte der von Heinrich von Treitschke angestoßene „Antisemitismusstreit“ Bambergers Leben. Dem Kampf gegen den Antisemitismus sind einige seiner bedeutendsten Schriften gewidmet.

In aller Kürze gelingt es Kopper, das vielschichtige Leben des politischen Schriftstellers, liberalen Politikers und Finanzexperten lebendig und vor allem mit einer gehörigen Zugabe an Sympathie für den Gegenstand seiner Biographie zu schildern. Die Kürze des Formats verhindert natürlich die Vertiefung einiger Punkte von Bambergers Leben oder gar eine kontroverse akademische Diskussion einzelner Aspekte seines Lebenswerks. Aber schließlich handelt es sich um eine kleine populäre Monographie und nicht um eine wissenschaftliche Arbeit innerhalb einer Buchreihe, die primär zum Ziel hat, den Beitrag von Juden zu Deutschlands Geschichte und Kultur positiv darzustellen. Das gelingt mit diesem Buch, nicht zuletzt, weil Bambergers historisches Wirken als einer der großen Liberalen des Landes dazu eine überaus geeignete Vorlage bietet.

Am Ende bleibt nur zu sagen, dass dieses Büchlein den interessierten Leser animieren könnte, noch mehr über Bamberger zu erfahren, und dann eine umfassendere Biographie (etwa die von Benedikt Koehler, 1999) in die Hand zu nehmen. Als „Einstiegsdroge“ zur Beschäftigung mit Ludwig Bamberger ist der Band bestens geeignet.

Prag

Detmar Doering

ARCHIV
DES
LIBERALISMUS

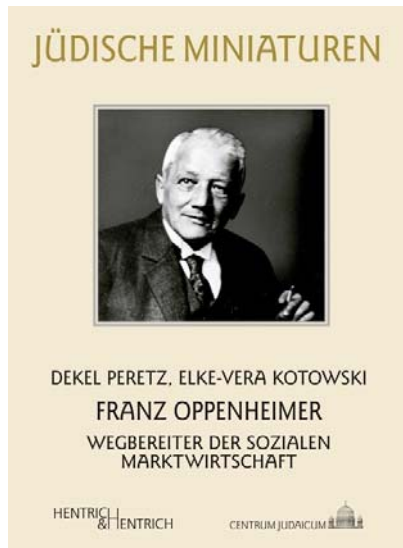
in Kooperation mit



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2016

Dekel Peretz/Elke-Vera Kotowski: Franz Oppenheimer. Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft.

Berlin: Hentrich & Hentrich, 2016 (= Jüdische Miniaturen, Band 157), 72 S., ISBN: 978-3-95565-068-1



Als akademischer Lehrer Ludwig Erhards und damit als intellektueller Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft ist er noch am ehesten einer breiten Öffentlichkeit bekannt. Aber Franz Oppenheimers (1843–1943) Leben und Wirken bietet, wie die kleine Monographie von Dekel Peretz und Elke-Vera Kotowski zeigt, noch viele interessante Aspekte, die darüber hinausgehen. Sie helfen dem Leser, Oppenheimer in seiner Gesamtheit zu verstehen.

Da ist der engagierte Armenarzt in Berlin, der als Jude in Berlin zunehmend Zielscheibe antisemitischer Angriffe wurde, und da ist der Gründer zahlreicher Genossenschaftsprojekte, von denen die Siedlung „Merchawia“ in Palästina 1913 besonders hervorzuheben ist. Oppenheimer wurde zu einem der intellektuellen (und praktischen) Inspiratoren der Kibbuzbewegung.

Ökonom und Soziologe wurde er letztlich als Autodidakt. In seinem Werk, das er erst als Publizist und später als anerkannter Wissenschaftler verbreitete, liefert Oppenheim, wie Peretz und Kotowski überzeugend und richtig aufzeigen, die geistige Klammer zwischen allen den verschiedenen Aspekten seines Lebenswerks. Oppenheimer wollte stets das soziale Elend der Armen lindern und zugleich die Freiheitsbotschaft des Liberalismus stärken. „Liberaler Sozialismus“ oder bisweilen auch „Dritter Weg“ lautete das Schlagwort, das heute vielleicht paradox erscheinen mag oder doch zumindest auf einen wohlfahrtsetatistisch abgeschwächten Liberalismus hindeuten könnte. Doch eine solche Betrachtungsweise würde der Radikalität von Oppenheimers Ideen nicht gerecht.

Ausgehend von der (den Klassikern wie David Ricardo entlehnten) Vorstellung einer „Bodensperre“ durch Landbesitz, die die Ursache aller Ungleichheit sei, stellt Oppenheimer die Frage der Landreform in den Mittelpunkt. Die Freiheit des gemeinsamen Zugangs zu Bodenbesitz durch genossenschaftliche Organisation war für ihn der Schlüssel zur gerechteren Gleichverteilung im Rahmen freiwilliger Organisation von „Freibürgern“. Die sei, so Oppenheimer, historisch auch der Ursprung aller Landnutzung gewesen.

Bei der Verfolgung der Genese des gegenwärtigen Unrechtszustands entwickelt Oppenheimer eine Theorie, die zeigt, warum das Ganze wenig mit irgendwelchen Anleihen an Marx und Umverteilungsstaat zu tun hat. Der Staat, so meint er, sei eigentlich nur durch die Eroberung freibürgerlicher Gemeinschaften durch kriegerrische Nomaden entstanden, die lernten, dass dauernde Tributzahlungen (der Ursprung aller Steuern) eine effizientere Art der Ausbeutung seien als bloße saisonale Raubzüge. Jeder Staat vermische das sinnvolle ökonomische Streben nach Wohlstand mit politischer Macht zugunsten der machthabenden Klasse. Oppenheimers Genossenschaftsidee ist als radikal anti-etatistisch, ja fast schon anarchistisch zu bezeichnen. Sie transzendiert dabei den traditionellen Genossenschaftsgedanken

eines Hermann Schulze-Delitzsch. Die Landnutzung durch Genossenschaften wird zum Gegenbild von bedrückender Staatlichkeit.

Die Reihe „Jüdische Miniaturen“, die in konziser und populärpublizistischer Weise an den Beitrag von Juden zum deutschen Kultur- und Geistesleben erinnern soll, beschränkt sich oft auf eine sehr auf Ereignisgeschichte beschränkte Darstellung. Es ist erfreulich, dass in diesem Band auch eine etwas tiefere kritische Würdigung der Theorien Oppenheimers erfolgt, ohne dass die Lesbarkeit im Sinne der Grundintention der Reihe darunter leidet.

Nicht beantwortet – aber das geschieht auch in umfangreicheren wissenschaftlichen Publikationen zu Oppenheimer nicht – wird die im Titel implizierte Frage, worin denn Oppenheimers Wegbereitung für die Soziale Marktwirtschaft so genau besteht. Er war gewiss der Lehrer Erhards, aber Oppenheimers zentrale Idee der Landreform spielte bei Erhard und den anderen großen Verfechtern der Sozialen Marktwirtschaft, wie Eucken, Müller-Armack oder Böhm, kaum eine zentrale Rolle. Allenfalls bei Röpke schimmert oft eine Bewunderung für das Freibauerntum durch.

Zwar sieht Oppenheimer die Landreform als eine im echten Sinne ordnungspolitische Maßnahme, da sie erst Märkte frei zum Funktionieren bringe. Diese Grundidee, dass freie Märkte zusätzliche Rahmenbedingungen bräuchten, hat Oppenheimer mit den Vätern der Sozialen Marktwirtschaft gemeinsam. Aber den geradezu leidenschaftlich anarchischen Impetus hinter Oppenheimers Denken haben sie sich kaum zu Eigen gemacht. Gerade der macht aber das Werk Oppenheimers so interessant, wie es das vorliegende Büchlein vorbildlich aufzeigt.

Prag

Detmar Doering

ARCHIV
DES
LIBERALISMUS

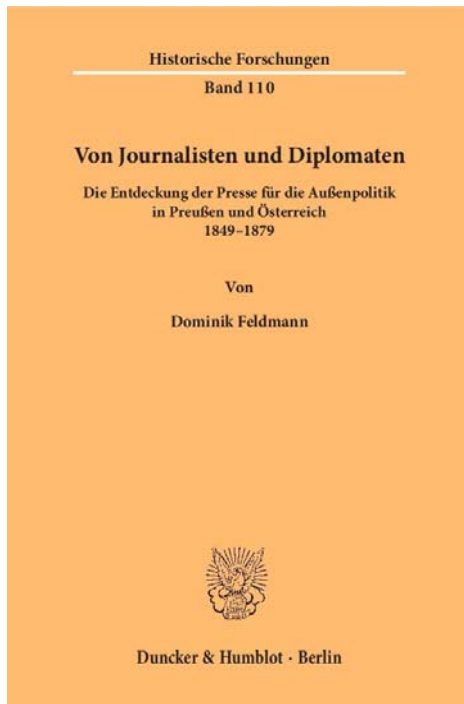
in Kooperation mit

 recensio.net

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2016

Dominik Feldmann: Von Journalisten und Diplomaten. Die Entdeckung der Presse für die Außenpolitik in Preußen und Österreich 1849–1879.

Berlin: Duncker & Humblot, 2016 (= Historische Forschungen, Band 110), 249 S., ISBN: 978-3-428-14828-8



In seiner Doktorarbeit untersucht Dominik Feldmann „die Entdeckung der Presse für die Außenpolitik in Preußen und Österreich“ in den Jahren von 1849 bis 1879. Der zeitliche Rahmen umfasst nur dreißig Jahre und ist beschränkt auf die Zeit zwischen der gescheiterten Frankfurter Paulskirchenversammlung und den ersten Jahren nach der Reichseinigung. Mit Gründung des Norddeutschen Bundes hatte Österreich keinen Einfluss mehr in Norddeutschland und war umso mehr bemüht, wenigstens in Süddeutschland Einfluss weiterhin geltend zu machen. Doch mit der Gründung des Deutschen Reiches durch Preußen 1871 waren auch hier unüberwindbare Grenzen gezogen worden, die den Einfluss Österreichs im Deutschen Reich ein Ende bereiteten. Nur acht Jahre später schlossen das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn den Zweibund-Vertrag, womit die Studie dann auch ihr Ende findet. Die Frage nach der Interaktion zwischen Presse und Außenpolitik ist in der deutschsprachigen Forschungsliteratur nicht neu. Neu ist aber der sehr frühe Zeitraum und die Beschreibung und Analyse des Konflikts zwischen den beiden deutschen Großmächten.

Die Studie beginnt mit einer Einführung in die Geschichte der Medienlandschaft in Preußen und in Österreich seit der Aufklärung und erläutert den Ausbau und die Beschleunigung von Nachrichtenübermittlungen etwa durch technischen Fortschritt, wie die Telegrafie. Brauchte eine Meldung über Napoleons Einfall in Ägypten 1798 noch 62 Tage bis sie in London eintraf, so erfuhr die britische Regierung von der Ermordung des US-amerikanischen Präsidenten Abraham Lincoln 1865 schon nach 13 Tagen. Das Attentat auf Zar Alexander II. in Sankt Petersburg 1881 erreichte bereits nach zwölf Stunden die britische Hauptstadt. Die technischen Entwicklungen begünstigten das massive Ansteigen von Zeitungen und das sowohl im Hinblick auf die Druckgeschwindigkeit, in der Zeitungen hergestellt werden konnten, wie auch des Umfanges; denn bei zunehmender Geschwindigkeit des Druckes stieg auch die Möglichkeit zu einem erweiterten Umfang der Druckerzeugnisse. Die Zeitungen entwickelten sich zur Massenpresse. Damit einher ging schließlich auch die Entwicklung des Berufs des Journalisten, der durch zunehmende Professionalisierung und Steigerung der Qualität eine besondere Beachtung durch Politiker erhielt. Otto von Bismarck ist ein bekanntes Beispiel dafür, dass sich der Politiker gerne kritisch über die Presse und deren Lückenhaftigkeit äußerte, aber andererseits sehr wohl die Presse für seine eigenen Zwecke zu nutzen suchte. Adel und Beamtentum waren es, die nicht nur aus ihrem eigenen Standesbewusstsein heraus die neu entstandene soziale Gruppe der Journalisten mit Argwohn beobachtete; und es war schließlich die Zeit, in der die Journalisten neben dem Staat zu einer neuen „Macht“ wurden, weshalb sie einmal mehr von den eigentlichen Machthabern gefürchtet waren. Nicht

ohne Grund gab es repressive Pressegesetze, die aber bald nach dem Vormärz schrittweise liberalisiert wurden.

Zu den Errungenschaften gehörte ab 1848 in Österreich die Institutionalisierung neuer Einrichtungen. Dies waren insbesondere Pressebüros, die die politische Willensbildung der Bevölkerung beeinflussen sollten. Aktiv wollte man zukünftig die Pressearbeit begleiten. Aber auch hier gab es Grenzen: Der österreichische Gesandte in Berlin hatte 1849 Journalisten abweisen müssen, die sich anboten, gegen Bezahlung zugunsten Österreichs zu schreiben. Der Gesandte war schlichtweg nicht in der Lage, die nötigen Gelder aufzubringen. Weil Wien aber an einer umfassenden und planmäßigen Einwirkung auf die Journalisten interessiert war (S. 58), flossen schon bald erhebliche Zahlungen an verschiedene Zeitungen. Wie es scheint, waren Anfang der 1850er Jahre übrigens katholische Zeitungen besonders anfällig, weil der Eindruck entstanden war, dass die österreichischen Interessen häufig identisch mit den Interessen der katholischen Kirche waren.

Neue österreichische Einrichtungen waren auch die sogenannten Pressefilialen in Frankfurt und Leipzig – beides Städte, die seit Jahrhunderten aufgrund der Buchmessen eine besondere Anziehungskraft für Journalisten und Verlage ausübten. Pressefilialen gab es schließlich auch in den österreichischen Gesandtschaft und Konsulaten in Stuttgart, München und Karlsruhe. Zur Koordinierung wurde in Wien das Preßleitungskomitee eingerichtet. In Preußen gab es vergleichbare Tendenzen; zur Koordinierung von politischen Nachrichten in den verschiedenen Ministerien wurde in Berlin das „literarische Kabinett“ errichtet, das sich nach anfänglichen Schwierigkeiten etablierte und das sehr klar und strukturiert über Notwendigkeiten und Mittel konzeptionell nachdachte, vermehrt Einfluss auf die deutsche Presse zu gewinnen. Folgende Maßnahmen wurden schon 1849 ins Auge gefasst: 1. Erstellung einer Presseübersicht mit Berichten; 2. Eine konstante Presseberichterstattung an den Innenminister; 3. Erstellung und Lieferung von vorgefertigten Artikeln an entsprechende Zeitungsgruppen und 4. Versendung von Korrespondenzen an die Auslandspresse (S. 66).

Auch Preußen errichtete Pressefilialen in seinen Gesandtschaften außerhalb des Landes sowie in Frankfurt als Stadt des Bundestages, auf deren Arbeit nachweislich Bismarck Einfluss nahm, der „loyale Journalisten“ (S. 70) gezielt mit Informationen belieferte. Nicht ohne Grund erschien jedoch Österreichs Netzwerk als ein „wohlverzweigtes Berieselungssystem“ (S. 71), auch wenn Feldmann zugestehen muss, dass in den 1850er Jahren von Wien aus aufgrund der Entfernungen nur beschränkte Einflussmöglichkeiten bestanden.

Feldmann geht in seiner Studie davon aus, dass Preußen und Österreich gleichzeitig auf die Idee kamen, ihre Pressepolitik zu institutionalisieren und Strategien zu entwickeln, neue Wege der Auseinandersetzung mit der Presse zu bestreiten. Die Revolution von 1848/49 war wohl ausschlaggebend dafür. Hatte die Pressepolitik vorher im Wesentlichen darin bestanden, repressive Maßnahmen zu ergreifen, so war in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts neben einer strengen Pressegesetzgebung (wenigstens bis in die 1860er Jahre) gleichzeitig eine Beeinflussung der Presse gesucht worden.

Bismarck gründete schließlich als Ministerpräsident ein eigenes Pressebüro, das hauptsächlich für die Außenpolitik zuständig war. Auch das ist kein Alleinstellungsmerkmal preußischer Politik; in Frankreich wurde eine vergleichbare Presseabteilung im Außenministerium geschaffen.

Bei ihrer Beeinflussung von Journalisten gingen Preußen und Österreich gleichermaßen vor. Insbesondere zählten persönliche Kontakte und Eigeninitiativen der Pressemitarbeiter. Persönliche Netzwerke entstanden bzw. wurden genutzt. Das Gegeneinander österreichischer und preußischer Pressearbeit wurde besonders im Vorfeld des preußisch-österreichischen Kriegs deutlich, als sich beide Staaten mit gegenseitigen Schuldzuweisungen überboten und vorwarfen, einen Krieg zu provozieren.

Der österreichische Innenminister Alexander von Bach hatte bei Amtsantritt im Juli 1849 unmissverständlich formuliert: „Ich kann es nicht eindringlich genug empfehlen, ein offenes Ohr zu haben für die wahre öffentliche Meinung, die Kundgebungen derselben in der Presse und in legalen Versammlungen wohl im Auge zu behalten“ (S. 51). Die damals eingerichteten Pressebüros dienten insbesondere dazu, die Monarchie zu festigen. Doch Feldmann stellt fest, dass auch in Fragen des Beibehalts der Monarchie beide Staaten nie eine pressepolitische Zusammenarbeit fanden.

Die Pressearbeit von Österreich und Preußen seit Mitte des 19. Jahrhunderts ist aber ein erster Versuch, die Öffentlichkeit gezielt mit Ansichten der Regierungen zu konfrontieren. Hier wird jenes Verhältnis der Regierungen zu Presse und Öffentlichkeit Grund gelegt, das schließlich in den Propagandaschlachten des Ersten Weltkrieges endet (S. 233).

Berlin

Michael F. Feldkamp

ARCHIV
DES
LIBERALISMUS

in Kooperation mit

 recensio.net

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2016

Julia Schopferer: Sozialgeschichte der halleschen Professoren 1694–1806. Lebenswege, Netzwerke und Raum als Strukturbedingungen von universitärer Wissenschaft und frühmoderner Gelehrtenexistenz.

Halle/Saale: Mitteldeutscher Verlag, 2016, 502 S., ISBN: 978-3-95462-568-0



Für einen Zeitraum von etwas über 100 Jahren wurden für die vorliegende Dissertation die Lebenswege und Netzwerke der Professoren an der Universität Halle seit ihrer Gründung 1694 untersucht. Es ist die Zeit der Aufklärung, an der sich die Professoren der Reformuniversität Halle aktiv beteiligten. So ist eine Leitfrage der Arbeit, in welcher Weise der Typus der „Reformuniversität“ den Weg ebnet zur Humboldtschen Universitätsidee des 19. Jahrhunderts.

Drei Fragen stehen im Mittelpunkt der Dissertation von Schopferer: Wann erfolgt der Verbürgerlichungsprozess der Gelehrtenstände? Welche Verwissenschaftlichungstendenzen der akademischen Laufbahn können im 18. Jahrhundert ausgemacht werden? Wie verläuft der Prozess der Verstaatlichung in Halle und – damit einhergehend – welche Karrierechancen eröffneten sich für einen Professor innerhalb des preußischen Staates im Vergleich zu anderen Territorialstaaten?

Auf breiter Basis werden die Werdegänge der Professoren untersucht. Von einem homogenen Professorentypus kann für diese Zeit nicht gesprochen werden, dafür waren die Berufungen in das Amt des Professors und auch weitere Lebensentwürfe viel zu unterschiedlich. Nur die Hälfte der Professoren kam aus Preußen. Verhältnismäßig viele Professoren kamen aus akademisch gebildeten Familien; nur wenige stammten aus Handwerker- oder Bauernfamilien. Aufgrund des Fehlens von Regeln darüber, welche Voraussetzungen ein Professor mitbringen musste, gibt es auffallend große Unterschiede bezüglich des Einstiegsalters in das Studium, die Studienlänge oder auch die Studienabschlüsse. Die Mediziner wechselten weniger häufig den Studienort und waren deswegen auch früher mit ihrem Studium fertig als etwa die Juristen. Promotionen waren durchaus üblich, doch reichte den Theologen und den Philosophen schon der Magistertitel.

Die Vielfalt der Werdegänge lässt erkennen, dass von einem „Gelehrtenstand“ kaum die Rede sein kann. Vielmehr entsteht eine Funktionselite, was man auch daran erkennt, dass es sich bei den Professoren vielfach um soziale Aufsteiger handelt, was sogar am Heiratsverhalten der Professoren dokumentiert werden kann, da die Professoren nicht selten ebenfalls akademisch gebildete Frauen der städtischen Gesellschaft heiraten. Das wenigstens schien wichtiger, als dass der eigene Vater bereits akademisch gebildet war.

Die Integration in die städtische Gesellschaft kam durch die Mitgliedschaft der Professoren in institutionalisierten „Gesellschaften“ sowie die Beteiligung an bürgerlichen Geselligkeitsformen zum Ausdruck. Die Integration zeigte sich übrigens nicht zuletzt an den Begräbnisstätten und Denkmälern, die die Professoren nach ihrem Tode erhielten. Sie waren nicht nur

eine Möglichkeit zur Selbstinszenierung der neuen Elite, sondern dienten auch der öffentlichen Identitätsstiftung.

Weil Halle kulturpolitisch Teil des „preußischen Karriereraumes“ (S. 349 ff.) der Professoren war, aber zugleich auch Bestandteil der mitteldeutschen Bildungslandschaft, bietet sich Halle als besonderes Beispiel an, wie der Hochschullehrer zusehends an den preußischen Staat gebunden wurde. Es beginnt die Entwicklung zur Landesuniversität.

Was hier zusammenfassend formuliert worden ist, ist das Ergebnis einer umfangreichen und sehr soliden Arbeit für die die Stadt- und Universitätsgeschichte von Halle gewinnbringend verfügbar gemacht wurde, und zugleich die modernen soziologischen Fragestellungen für die kollektive Biografie des halleschen Professors des 18. Jahrhunderts berücksichtigt wurden. Kein Aspekt wurde ausgelassen. Auch die Fragen der Professorengehälter oder der Witwenrenten werden beleuchtet. Umsichtig werden die Ergebnisse archivalischer Studien in die fast unübersehbar gewordene Literatur eingebettet. Nebst einem Literaturverzeichnis beschließt ein Verzeichnis aller 187 Professoren der Universität Halle von 1694 bis 1806 die gründliche Studie.

Berlin

Michael F. Feldkamp

ARCHIV
DES
LIBERALISMUS

in Kooperation mit



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2016

Cornelia Baddack: Katharina von Kardorff-Oheimb (1879–1962) in der Weimarer Republik. Unternehmenserin, Reichstagsabgeordnete, Vereinsgründerin, politische Salonière und Publizistin.

Göttingen: V & R unipress, 2016 (= L'homme – Schriftenreihe zur feministischen Geschichtswissenschaft, Band 23), 703 S., 41 Abb., ISBN: 978-3-8471-0614-2



Die Kölner Dissertation ist einer der schillerndsten Frauen der Weimarer Republik gewidmet: Katharina von Kardorff-Oheimb, geborene van Endert, geschiedene Daelen und verwitwete Albert. Trotz der fast 650 Textseiten, zu denen ein fünfzigseitiger Anhang kommt, unternimmt die Autorin keine komplette Lebensbeschreibung, sondern legt den Fokus auf die Zeit der öffentlichen und politischen Wirksamkeit ihrer „Heldin“, die fast identisch ist mit der Weimarer Republik.

Zwar erreichte von Kardorff-Oheimb öffentliche Aufmerksamkeit vor allem durch ihr politisches Engagement, aber dieses dauert – wenn man von dem wenig stringenten und erfolgreichen „Epilog“ nach 1945 absieht – kaum ein Jahrzehnt: Es begann nach der Novemberrevolution 1918 und endete mit ihrer vierten Heirat 1927, davon war sie ab 1920 knapp vier Jahre Reichstagsabgeordnete der Deutschen Volkspartei (DVP). Die große Prominenz, die von Kardorff-Oheimb dann in den 1920er Jahren zweifellos besaß, ging also nicht nur auf ihr – wie eindrucksvoll

nachgewiesen wird – wenig glückliches und nachhaltiges parteipolitisches Wirken, sondern vor allem auf eine in biographischer und persönlicher Hinsicht „einzigartige Merkmalskombination“ (S. 230) zurück, die sie unter allen zeitgenössischen Politikerinnen zur Ausnahmefigur machte: Aus einer rheinischen Tuchhändlerfamilie stammend, war sie katholisch-konservativ sozialisiert worden und ohne akademische Bildung, 1907 von ihrem ersten Ehemann „schuldig“ geschieden worden, um 1911 von ihrem zweiten Gatten ein beträchtliches Vermögen und Fabrikunternehmen zu erben. Dies setzte sie in Stand, sich und ihrem dritten, adligen Ehemann, ein großbürgerlich-luxuriöses Leben in Berlin zu gewährleisten. Im Ersten Weltkrieg politisiert und „nationalisiert“, sah sie 1918 die Möglichkeit, als Frau selbst in die Politik einzugreifen bzw. ihre Geschlechtsgenossinnen dazu zu bewegen.

Mit solchen Aktivitäten in der Goslarer Provinz erweckte sie die Aufmerksamkeit Gustav Stresemanns, der sie 1920 auch aus finanziellen Gründen zu einer Reichstagskandidatur für seine DVP bewegte. Im Reichstag selbst tat sich von Kardorff-Oheimb dann vor allem durch Schlagfertigkeit und Eigenwilligkeit, aber weniger durch nachhaltiges Agieren, schon gar nicht in Frauenfragen, hervor. Gleichzeitig aber führte sie in Berlin einen Salon, der schnell zum gesellschaftlichen und politischen Mittelpunkt in der Reichshauptstadt wurde und ihr den Ruf des großen Einflusses einbrachte. Nachdem 1924 eine Wiederwahl teils an eigenen, teils an äußeren Gründen gescheitert war, zog sich von Kardorff-Oheimb 1925 aus der DVP und 1927 zumindest nach außen gänzlich aus der Politik zurück.

Sie blieb aber weiterhin publizistisch in der Öffentlichkeit präsent, sei es mit eigenen Beiträgen, darunter auch in einer eigenen, kurzlebigen Illustrierten, sei es mit Berichten über sie

als prominentes Mitglied der Weimarer Gesellschaft. Ab 1930 erfolgte sukzessiv ein Rückzug aus der Öffentlichkeit, zunächst bedingt durch die sich rapide verschlechternde Vermögenslage, dann durch die politische Entwicklung. Nach 1945 versuchte von Kardorff-Oheimb sowohl frauen- als auch parteipolitisch ein Comeback, unter anderem bei den Berliner Liberalen, was aber nach der Übersiedlung in ihre rheinische Heimat 1949 mehr oder minder endete. In den 1950er Jahren fand ihr Eintreten für gesamtdeutsch-neutralistische Belange nochmals öffentliche Aufmerksamkeit, ehe sie 1962, nunmehr in bescheidenen Verhältnissen lebend, in Düsseldorf verstarb. 1965 erschienen posthum ihre Erinnerungen unter dem Titel „Politik und Lebensbeichte“.

Diese Skizze lässt erahnen, welche Anforderungen an eine wissenschaftliche Biographie von Katharina von Kardorff-Oheimb gestellt sind, die schon mit der korrekten Namensbezeichnung beginnen: Cornelia Baddack entscheidet sich aus nachvollziehbaren Gründen dafür, den letzten Namen durchgängig – allerdings ohne Adelsprädikat – zu verwenden (vgl. S. 14). Auch wenn diese Biographie nur eine Teilbiographie ist, die zwar nicht die Jugendzeit auspart, aber die letzten Jahrzehnte nur anreißt,¹ so kann man doch generell festhalten, dass die aufgeworfenen Probleme allesamt sehr souverän gemeistert werden. Grundlage dafür ist, dass sich die Autorin nicht für eine chronologische Darstellung, sondern für eine multiperspektivisch-interdisziplinäre Herangehensweise entscheidet, die sich dem schillernden Leben von Kardorff-Oheimbs aus immer wieder neuem Blickwinkel nähert und dann auch die so gewonnenen Erkenntnisse zu einem Gesamtbild zusammenführen und in die Epoche einordnen kann. Dabei zeigt die Autorin sich sehr gut vertraut mit den Diskussionen vieler dabei berührter historischer Teildisziplinen, angefangen von der Biographik über die politische Kulturwissenschaft und die Medienforschung bis hin zur Genderforschung, die fruchtbar auf den Untersuchungsgegenstand angewandt werden.

Quellenmäßig ist zwar der umfangreiche Nachlass von Kardorff-Oheimbs im Bundesarchiv der Ausgangspunkt; darüber hinaus werden weitere Nachlässe, insbesondere der noch umfangreichere von Gustav Stresemann, aber auch unterschiedliche Bestände vom Bundesarchiv bis zu lokalen Archiven herangezogen. Überaus akribisch wurde auch den weitgestreuten publizistischen Spuren von Kardorff-Oheimbs nachgegangen, soweit sie nicht im Nachlass überliefert sind; die entsprechende umfangreiche Bibliographie steht leider nur digital zur Verfügung (vgl. S. 653, Anm. 2)!

Das hohe Reflexionsniveau, das sich durch die gesamte Untersuchung zieht, spiegelt sich auch in deren Gliederung wieder: Baddack unternimmt sechs biographische Annäherungen, die sie „biographische Fenster“ nennt. Diese beginnen mit dem Privatleben und den wechselnden Vermögensverhältnissen, wozu auch das „soziale Kapital“, insbesondere ihr berühmter Salon gerechnet wird. Es folgen das (parti-)politische Engagement und ihre publizistischen Aktivitäten. Ihrem frauenpolitischen Wirken ist ein weiteres Kapitel gewidmet, ebenso ihrer vielschichtigen Beziehung mit dem Fraktionskollegen Siegfried von Kardorff, der dann ihr vierter Mann wurde. Am Schluss steht eine hoch spannende Analyse ihrer „öffentlichen Wahrnehmung“ in der Weimarer Zeit, die Katharina von Kardorff-Oheimb zu einem wirklichen Prototyp heutiger „Promis“ machte und an der so illustre Gestalten wie Kurt Tucholsky Anteil hatten.

Der dem „Habitus“ gewidmete Teil zeigt in erster Linie die persönlich-familiären Hintergründe auf, die zwar zeitweise einen Lebensstil ermöglichten, zu dem ebenso Luxus und Glanz gehörten wie eine ausgeprägte Geselligkeit“ (S. 190 f.), der aber auch schwere Zerwürfnisse im engsten Familienkreis mit sich brachte und die Protagonistin als eine wenig erfolgreiche Un-

¹ Vgl. dazu jetzt Cornelia Baddack: Zäsuren, Wiederanknüpfungsversuche und Leerstellen. Zur Biografie der liberalen Politikerin Katharina von Kardorff-Oheimb nach 1933. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 28 (2016), S. 287-314.

ternehmerin ausweisen. Hier gelingt es der Autorin, auch die komplizierten Vermögensverhältnisse und deren Entwicklung nachvollziehbar darzustellen.

Die politisch-„öffentliche“ Biographie wird sinnvollerweise untergliedert in die Abschnitte Publizistik, Partei- und Parlamentspolitik sowie frauenpolitisches Engagement. Da die vierte Ehe mit einem Fraktionskollegen „in aller Öffentlichkeit“ zelebriert wurde und politisch relevant war (vgl. S. 504, 524 u. 530), fällt die Beziehung zu Siegfried von Kardorff – und anderen Politikern – auch in das Politik-Kapitel und nicht unter den ersten Teil. Der rasche politische Aufstieg von Kardorff-Oheimbs, ihr Wandel von einer Vertreterin sehr nationalistischer Positionen, vor allem im Kampf gegen Versailles, zur Protagonistin des linken DVP-Flügels – eine Metamorphose, die nicht ausschließlich, aber entscheidend zu ihrer innerparteilichen Isolation und dem Verlust des Mandats beitrug – und ihre ambivalente Haltung zu Gustav Stresemann werden anschaulich herausgearbeitet, obwohl sie gerade nicht in chronologischer Reihenfolge, sondern in der erwähnten Form systematisch geschildert werden.

Alles in allem handelt es sich um eine sehr gelungene Synthese von Liberalismus-, Weimar- und Frauenforschung, die wirklich über das Persönlich-Biographische hinausgehend, neue Erkenntnisse, etwa zum Innenleben der DVP, vermittelt. Hervorzuheben ist dabei auch, dass der Genderaspekt, obwohl die Autorin sich dabei auf die bekannt kritischen Positionen von Angelika Schaser beruft (vgl. S. 22), sehr konstruktiv behandelt eingelöst und somit fruchtbar auf die Liberalismus-Geschichte angewandt wird.

Die Studie lässt eigentlich nirgendwo wirkliche Schwäche erkennen, hält vielmehr dauerhaft ihre Akribie und ihr hohes Reflexionsniveau durch und nimmt eine sehr nachvollziehbare Position der „kritischen Sympathie“ zu ihrem Gegenstand ein. Man kann sie durchaus als großen Wurf ansehen.

Bonn/Gummersbach

Jürgen Frölich

ARCHIV
DES
LIBERALISMUS

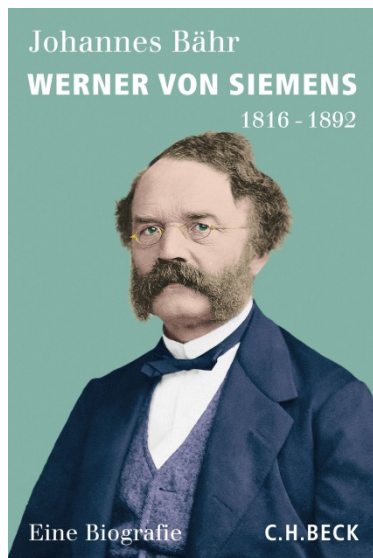
in Kooperation mit

 recensio.net

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2016

Johannes Bähr: Werner von Siemens 1816-1892. Eine Biografie.

München: C.H. Beck, 2016, 576 S., zahlr. Abb., ISBN: 978-3-406-69820-0



Bei runden Gedenktagen findet man in der Biographik häufig zwei Möglichkeiten, entweder die der Hagiographie oder die des Denkmalsturzes. Der Frankfurter Wirtschaftshistoriker Johannes Bähr geht in seiner Biographie aus Anlass des 200. Geburtstages von Werner (von) Siemens einen dritten Weg, den der soliden, abwägenden Darstellung von Life and Times seines Helden. Deshalb sollte man hier keine umstürzenden neuen Erkenntnisse, wohl aber ein ausgewogenes Lebensbild des Gründers eines Weltkonzerns erwarten, der sich zeitweise – das ist hier ein vornehmliches Interesse – auch für den Liberalismus engagierte und Abgeordneter im Preußischen Landtag während einer zentralen Phase preußisch-deutscher Geschichte war.

Das Werk ist über weite Teile direkt aus den Quellen erarbeitet, insbesondere dem Briefwechsel des Familienoberhauptes mit seinen zahlreichen Brüdern, von denen etliche ebenfalls im Unternehmen tätig waren. Das wirft neues Licht auf den „Familienunternehmer“ Werner Siemens und trägt viel dazu bei, dass das Ziel von Bähr – „Gesamtbild der Persönlichkeit, unter Einbeziehung des familiären, geschäftlichen und gesellschaftlichen Umfelds“ (S. 9 f.) – in der Tat fast vorbildlich erreicht wird.

Die Lebensbeschreibung wechselt recht geschickt zwischen Kapiteln zur technischen und unternehmerischen Entwicklung der Siemensschen Aktivitäten, die in ihrem Detailreichtum möglicherweise den Nicht-Fachmann etwas ermüden, und familien-biographischen Abschnitten. Sie ist erkennbar auf ein größeres Publikum ausgerichtet und meistens gut lesbar.

So gelingt es, die besondere Bedeutung herauszustellen, die Werner Siemens vor allem als Unternehmer hatte, obwohl er sich selbst eigentlich eher als Wissenschaftler sah und sich im Kreis von Professoren und Akademiemitgliedern heimischer fühlte als unter Seinesgleichen (vgl. etwa S. 51, 299 f. und 437 f.). Der spätere Erfolg war ihm keineswegs in die Wiege gelegt, als er 1816 auf einem Gut nahe Hannover geboren wurde: Der Vater erlitt als Agrarunternehmer mehrfach Schiffbruch, beide Eltern starben früh, so dass Werner Siemens als junger Mann die Verantwortung für acht jüngere Geschwister übernehmen musste. Seinen naturwissenschaftlichen Neigungen konnte er nur dadurch nachgehen, dass er sich für lange Jahre in der preußischen Armee verpflichtete. Dies geriet aber letztlich zum Vorteil, nicht nur weil der Dienstherr dem Artilleriesleutnant viel Freiraum beim Experimentieren einräumte, sondern auch weil die Verbindungen zum preußischen Staat sehr hilfreich bei den ersten unternehmerischen Schritten im Telegraphenbau waren. Unter den Brüdern wiederum waren einige, die das „Familienoberhaupt“ beim internationalen Ausbau des 1847 in Berlin gegründeten Unternehmens entscheidend unterstützten.

Bähr arbeitet sehr eindrücklich heraus, wie es Siemens und seinen Unternehmen gelang, jeweils Anschluss zu halten an die allgemeine Entwicklung, am ersten Globalisierungsschub und der beginnenden Elektrifizierung in der Kommunikation während der 1850er und 1860er Jahre und dann an der zweiten Elektrisierungswelle bei der Beleuchtung und im Verkehr ab

den späten 1870er Jahren. Es war allerdings keine eingleisige Erfolgsgeschichte, sondern ein von Rückschlägen – etwa bei der Entwicklung funktionsfähiger Unterwasserkabel – und auch zeitweiliger Niederlagen – etwa gegen die unerwartete neue Konkurrenz durch die AEG bei der Stromerzeugung – geprägter Aufstieg zu einem der ersten deutschen multinationalen Konzerne. Daran hatte vor allem Werner Siemens entscheidenden Anteil, weil er mehr als seine Brüder in langfristigen Kategorien dachte und sich durch die „Bandbreite seiner Fähigkeiten“ (S. 419) als Wissenschaftler, Unternehmer, Kommunikator und Familienmensch auszeichnete.

Der Biograph verhehlt aber nicht, wie sehr Siemens Kind seiner Zeit war. Dies wird auch bei seinen politischen Überzeugungen deutlich: Erstmals als Liberaler „aufgefallen“ ist Siemens bei seiner Unterstützung für religiöse Freiheit noch vor der Märzrevolution, was ihm als Offizier ebenso Ärger einbrachte wie die Teilnahme an Ehrenhändeln. Die Märztage erlebte er 1848 in Berlin als Augenzeuge, später beteiligte er sich am Versuch der militärischen Befreiung Schleswig-Holsteins. Dennoch wird man in Werner Siemens keinen überzeugten Revolutionär sehen, sondern einen nationalgesinnten Liberalen, der sich folgerichtig ein Jahrzehnt danach dem Nationalverein anschloss. Mitten ins politische Geschehen geriet er dann 1861 als Mitbegründer der Deutschen Fortschrittspartei; seine Memoiren sind sogar fast die einzige Überlieferung eines Augenzeugen zu diesem Gründungsakt der ersten modernen Partei in Deutschland.

Dort gehörte er dem gemäßigten Flügel an, der ehemalige Offizier hatte von vornherein Verständnis für die Heeresreform der preußischen Regierung und äußerte sich – anonym – entsprechend in der Öffentlichkeit. Von Lennep-Remscheid, dem späteren Landtagswahlkreis von Walter Scheel, wurde Siemens 1862 in das preußische Abgeordnetenhaus entsandt, wo er sich vor allem mit Wirtschaftsfragen befasste. Seit 1864 ging er auf Distanz zum Oppositionskurs seiner Partei und stimmte folgerichtig der Bismarckschen Indemnitätsvorlage im August 1866 zu. Die weitere Konsequenz, der Wechsel zur neuen Nationalliberalen Partei, vollzog Siemens dann nicht mehr, sondern schied aus der aktiven Politik aus.

Der Biograph sieht ihn aber in der Folgezeit auf nationalliberalen Bahnen wandeln, mit Hochachtung gegenüber Bismarck und Zustimmung zu den Schutzzöllen (vgl. S. 318 f. u. 416). In diese Sicht passen auch die starken antisozialistischen Überzeugungen, die die eher verspätet gewährten Sozialleistungen für die eigene Belegschaft vor allem als Schutzvorrichtung in dieser Richtung rechtfertigten (S. 312). Siemens entsprach dann doch eher dem patriarchalischen Unternehmertyp der Frühindustrialisierung als dem sozial aufgeschlossenen Gegenbild des späten 19. Jahrhunderts wie Richard Rösicke oder danach Robert Bosch.

Andererseits war er mit Theodor Mommsen und Max von Forckenbeck, zwei dezidierten Linksliberalen, befreundet. Und die Standeserhöhung durch Kaiser Friedrich im Jahr 1888 dürfte kein Zufall gewesen sein, auch wenn der Biograph das etwas anders sieht (S. 416). Sicherlich Recht hat dieser allerdings damit, dass die Erhebung in den Adel kein Beweis für die vermeintliche „Feudalisierung des Bürgertums“ gewesen ist; denn Siemens wollte dies eigentlich nicht und lehnte nur aus Rücksicht auf den 99-Tage-Kaiser nicht ab (vgl. S. 412 ff.). Aber zu diesem Zeitpunkt war auch der Lebensstil der Familie Siemens längst nicht mehr gutbürgerlich: Im Charlottenburger Heim, das nur eines unter mehreren war, konnte man glänzende Bälle und Festivitäten veranstalten.

Insofern ist dem Autor zuzustimmen, wenn er am Schluss festhält: „In geradezu typischer Form hatte Werner von Siemens an den politischen Wandlungen des deutschen Bürgertums während des 19. Jahrhunderts Anteil“ (S. 438). Neben dem Typischen findet sich im Wirken von Werner Siemens aber auch viel Einzigartiges, das ihn über seine Zeitgenossen doch hinausragen ließ. Das war wohl weniger sein Erfindergeist an sich, der später immer wieder gefeiert wurde, sondern die Verbindung von technischer Expertise mit unternehmerischem

Sachverstand und Weitblick für die praktischen Möglichkeiten, die in Erfindungen und technischen Neuerungen steckten.

Dieses ebenso typische wie einzigartige Leben eines Industriebioniers ist von Johannes Bähr anschaulich dargestellt worden, wozu auch die fast schon üppige Bebilderung beiträgt. Störend sind eigentlich nur etwas häufigere Trennungsfehler und einige Versehen im Detail,¹ die möglicherweise auf eine etwas zu knapp gemessene Produktionszeit zurückgehen und leicht für eine wünschenswerte Neuauflage korrigiert werden können. Die Lektüre kann uneingeschränkt für alle mit Interesse an der Wirtschafts-, Technik- und Bürgertumsgeschichte des vorvorigen Jahrhunderts empfohlen werden.

Gummersbach/Bonn

Jürgen Frölich

ARCHIV
DES
LIBERALISMUS

in Kooperation mit

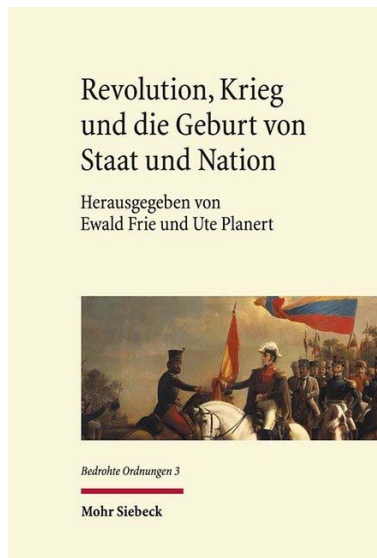


¹ Natürlich gab es in der preußischen Armee vor 1848 Unteroffiziere wie Korporale und Sergeanten (S. 48); im Juli 1855 kann der preußische Thronfolger nicht mehr bei seinem Schwager, sondern nur bei seinem Neffen in St. Petersburg zugunsten von Siemens interveniert haben (S. 188) und ebenso wenig kann Siemens langjähriger Partner Halske bereits 1859 Stadtverordneter der Fortschrittspartei gewesen sein (S. 508, Anm. 176). Großbritannien ist bis heute keine „parlamentarische Demokratie“ (S. 118).

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2016

Ewald Frie/Ute Planert (Hrsg.): Revolution, Krieg und die Geburt von Staat und Nation.

Tübingen: Mohr Siebeck, 2016 (= Bedrohte Ordnungen, Band 3), 286 S., ISBN: 978-3-16-153597-0



„Bedrohte Ordnungen“ lautet der Titel einer inzwischen fünfbändigen Schriftenreihe, die „historische und gegenwärtige Gesellschaften unter Stress“ zum Untersuchungsgegenstand macht. Die Studien, bisher vier Tagungsbände und eine Dissertation, gehen aus dem gleichnamigen DFG-geförderten Sonderforschungsbereich 923 an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen hervor. Mit dem vorliegenden dritten Band hat es insofern eine besondere Bewandnis, als er aus einer 2013 veranstalteten Tagung zum 70. Geburtstag des früheren Tübinger Lehrstuhlinhabers und u.a. als Liberalismus-Forschers bekannten Dieter Langewiesche resultiert. Dessen Nachfolger Ewald Frie und die Wuppertaler (neuerdings Kölner) Langewiesche-Schülerin Ute Planert haben das Kolloquium mit organisiert, den Band herausgegeben und den nachfolgenden zehn Beiträgen eine konzise Einleitung vorangestellt. Der Band wird beschlossen durch einen ausführlichen Kommentar des Geehrten, dessen Forschungsthema der letzten Jahre Gegenstand des Bandes ist. Als Anhang findet sich ein Personen-, Orts- und Sachregister – für einen Band mit regional weit gespannten Themen eine nützliche Hilfe.

des ist. Als Anhang findet sich ein Personen-, Orts- und Sachregister – für einen Band mit regional weit gespannten Themen eine nützliche Hilfe.

Die Herausgeber und Autoren nehmen unter der titelgebenden Begriffstria von „Revolution, Krieg und die Geburt von Staat und Nation“ die „Staatsbildung in Europa und den Amerikas 1770-1930“ in den Blick. Das Themenspektrum wird in der Einleitung inhaltlich und methodisch aufgespannt, wobei auffällt, dass außer dem Rekurs auf die Arbeiten von Langewiesche und die grundlegenden Synthese von Jürgen Osterhammel eine wissenschaftsgeschichtliche Gründung des Forschungsfeldes völlig fehlt. Reinhart Koselleck wird bei der Epochenschwelle um 1800 nur kurz gestreift, Otto Hintze als Begründer einer geographisch globalisierten und methodisch komparativ wie interdisziplinär ausgerichteten Staatsbildungsgeschichte wird gar nicht erst erwähnt. Dabei hätte ein solcher Zugang weitere Einsichten eröffnen können, zumal sich Hintze intensiv mit der Frage von Staatsbildungsprozessen sowie einer möglichen Typisierung im globalen Rahmen (Nordamerika und Ostasien) beschäftigt hat. Statt eines solchen Rückbezugs wird bereits im Vorwort und nachfolgend in der Einleitung der Perspektivenwechsel mit dem Blick über West- und Mitteleuropa hinaus auf andere Regionen und Kontinente als eine neue und besonders innovative Errungenschaft hervorgehoben. Für die Interdisziplinarität gilt ähnliches: Auch hier wird die Beteiligung eines „in der Historie irrlichternden Soziologen“ (so W. Knöbl selbstironisch, 46) und eines Kulturanthropologen (W. Gabbert) betont. Dabei hatte auch Hintze ganz explizit soziologische, kulturhistorische und anthropologische Aspekte berücksichtigt.

In der Einleitung weisen die beiden Herausgeber darauf hin, dass Revolution, Krieg und Nation als historische Erklärungsmuster „an die Wiege moderner Staatlichkeit“ (S. 1) gestellt worden seien – und dies zum einen für die Epoche der Französischen Revolution und Napoleons, zum anderen für die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg. So erklärt sich auch die weite Zeitspanne im Untertitel von 1770 bis 1930, die sich allerdings bei den Eckdaten seltsamerweise statt auf globale, doch wieder auf europäische Verhältnisse bezieht. Dass es sich um eine Wech-

selbeziehung zwischen Staatsbildung und Kriegführung handelt, illustriert ein Zitat des amerikanischen Historikers Charles Tilly besonders deutlich: „War made the state, and the state made war.“¹ In den Ausführungen über Nationalismus und Nationsbildung fällt auf, dass hier Staats- und Nationsbildung nahezu gleichgesetzt werden; eine notwendige begriffliche Differenzierung, die u.a. auf die Frage der historischen Abfolge beider Prozesse zielt, fehlt. Eine globale Betrachtung, so heißt es, führe zu einer „Pluralisierung von Entwicklungspfaden“, einer „multiperspektivischen Sichtweise“ und einem Abschied von einem europäischen „Erfolgsprogramm“ und „Standardmodell“. In einem weiteren Forschungskontext werden die „Entstehung und Verbreitung nationaler Mythen und Symbole analysiert“ (S. 6–8). So habe in den letzten Jahren die Forschung (u.a. von Ute Planert) die Bedeutung der napoleonischen Kriege für die Entstehung des Nationalismus relativiert und andere Motive des Widerstands hervorgehoben. Es gelte, Mythen systematisch zu dekonstruieren und als eine „Form der Wirklichkeitsaneignung“ zu begreifen (S. 12).

Die zehn Beiträge des Bandes bilden Fallstudien für dieses oben skizzierte Forschungsprogramm von Frie und Planert. Geographisch sind sie in drei Fällen in Nord- und Lateinamerika und in sieben Studien in Nord-, Süd-, Osteuropa und dem äußersten Westeuropa angesiedelt. Es zeigt sich an diesen Beispielen, wie disparat die historischen Verläufe von Revolutionen, Kriegen und Staatsbildungen verliefen, dass es „Schübe der Nationalisierung“ (S. 43) gab, Kontingenzen und Unsicherheiten, Phasen von Machtetablierung und Destabilisierung, Entgrenzung von Gewalt und Friedensinitiativen, Strukturbrüche und Legitimitätskrisen, Ergebnisoffenheit und Zukunftsunsicherheit, aber auch zwischenzeitliche Institutionalisierungsprozesse und Verrechtlichungstendenzen. Alles in allem warnen sämtliche Autoren, die Herausgeber und zuletzt auch der Kommentator vor Vereinfachungen in Form von nachträglichen Kategorisierungen und Typologisierungen sowie von Mythenbildung und Meistererzählung. Stattdessen müsse man ein „Ensemble von Möglichkeitsräumen“ empirisch und komparativ untersuchen, „dekonstruktivistische Ansätze aufnehmen und Konsequenzen aus den globalisierten Perspektiven des 21. Jahrhunderts ziehen“ (S. 18).

Letztlich zeigen aber die Fallstudien über Lateinamerika (S. Rinke) und Mexiko (W. Gabbert), den USA (W. Knöbl) über Irland (C. Jahr) bis nach Dänemark (R. Glentø), Südosteuropa (M. Beer), Russland (M. Rolf, J. Baberowski), die Türkei (S. Plaggenborg) und Italien (J. Späth) in großen Teilen eher die Einzigartigkeit und tendenzielle Unvergleichbarkeit der ausgewählten Beispiele, als dass sie sich typologisierend auf einen Nenner bringen ließen. Es handelt sich geradezu um wiederholte Aufforderungen zur empirischen Detailforschung und schonungslosen Differenzierung, um einen Appell für die historische Kontextualisierung von Einzelfällen.

Die Fachbeiträge des Bandes sind sicher ein Gewinn (zumal für die jeweiligen Spezialisten), in der Summe können sie aber lediglich ein Baukasten für weitere notwendige Studien und Anwendungsbeispiele sein. Diese wären vor allem in solchen geographischen Räumen zu suchen, die von ihrer politischen Kultur her – anders als bei den Beispielen in diesem Band – weder europäisch noch kolonial geprägt sind. Wieweit bei einer großen Vielfalt eine globale Typisierung allerdings zu operationablen Ergebnissen führt, muss offen bleiben. Dieter Langewiesche deutet die Problematik eher indirekt an: „Die Spannweite der Möglichkeiten und Grenzen und wovon sie [die Ordnungsvorstellungen, EG] bestimmt wurden, wird in den Fallstudien dieses Buches eindrucksvoll entfaltet“ (S. 264).

Gummersbach/Wuppertal

Ewald Grothe

ARCHIV
DES
LIBERALISMUS

in Kooperation mit

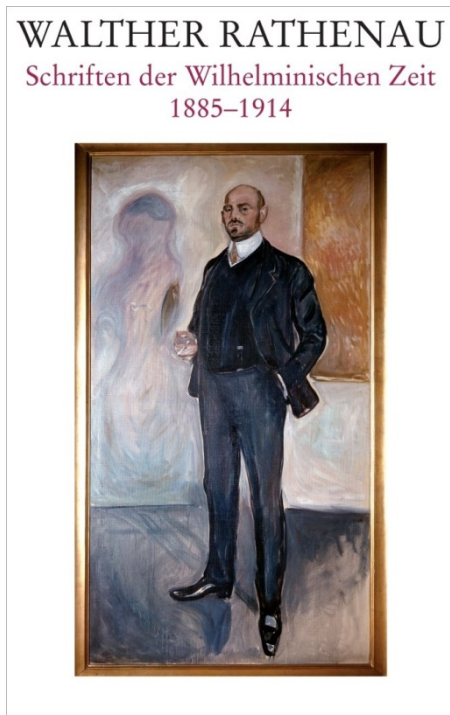
 recensio.net

¹ Auch hier hätte man auf Hintze verweisen können: Otto Hintze: Staatsverfassung und Heeresverfassung. In: ders.: Staat und Verfassung. Gesammelte Abhandlungen zur allgemeinen Verfassungsgeschichte, hrsg. von Gerhard Oestreich, Göttingen, 3. Aufl. 1970, S. 52-83 [zuerst 1906].

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2016

Alexander Jaser (Hrsg.): Walther Rathenau: Schriften der Wilhelminischen Zeit 1885–1914.

Düsseldorf: Droste Verlag, 2015 (= Walther Rathenau-Gesamtausgabe, Band 1 / Schriften des Bundesarchivs, Band 63/I), 1624 S., ISBN: 978-3-7700-1630-3



Editionen haben ihre eigene Geschichte. Sie zählen zur geschichtswissenschaftlichen Grundlagenforschung, benötigen eingehende Recherchen und dauern dementsprechend oft lange. Jahre und Jahrzehnte gehen über ihr Erscheinen bisweilen ins Land. Dies gilt gerade auch für den vorliegenden Band der Rathenau-Gesamtausgabe, dessen zuerst vorgelegte Bände 2 und 6 knapp vierzig Jahre zurückreichen.¹ Danach gab es eine nahezu dreißigjährige Pause, bis 2006 die lang erwarteten Briefe in zwei Teilen als fünfter Band herauskamen. Nach erneut fast einem Jahrzehnt liegt nun der Band mit den Schriften Rathenaus von 1885 bis 1914 vor. Die beiden noch ausstehenden Bände 3 und 4 mit seinen Schriften aus den Jahren 1914 bis 1922 sollen – laut Aussage der Herausgeber – in schneller Folge bis 2018 erschienen.

Mit der dann vollständigen Rathenau-Gesamtausgabe werden in wenigen Jahren weitere Dokumente eines wichtigen liberalen Intellektuellen zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik vorliegen, nachdem die ungleich umfangreichere Max Weber-Gesamtausgabe

bald beendet sein wird und die Hugo Preuß-Schriften 2015 abgeschlossen wurden. Neben den älteren Werk- bzw. Gesamtausgaben von Friedrich Naumann, Georg Simmel und Ernst Troeltsch steht damit nun eine weitere bedeutende Edition der Forschung zur Verfügung. Der Herausgeber Alexander Jaser, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Freiburg, betont die „Sonderstellung“ von Walther Rathenau (1867–1922) in diesem Kreis, indem er hervorhebt, dass der ermordete Weimarer Außenminister zwar zunächst als Märtyrer für die Republik gegolten habe, aber nach 1933 als Jude ganz besonders einer *damnatio memoriae* ausgesetzt gewesen sei. Nach 1945 habe sich das Bild des jüdischen Industriellen und Intellektuellen „von diesem Akt der Auslöschung nie ganz erholt“ (S. 22). Denn Rathenaus politische Tätigkeit in den Weimarer Jahren war viel zu kurz, und sein Wirken vor 1918 wurde zu sehr auf seine Rolle als Leiter der Kriegsrohstoff-Abteilung im preußischen Kriegsministerium reduziert.

Dem verbreiteten Eindruck eines „tragisch gescheiterten Akteurs in unruhiger Zeit“ (S. 22) möchte die Rathenau-Ausgabe strikt entgegentreten. Das gelingt, indem die Dokumente die ganze Vielfalt von Rathenaus Interessen und Aktivitäten, als Politiker, Politikberater, politischer Schriftsteller und Kulturschaffender eindrucksvoll vor Augen führen. Die Dokumente decken einen Zeitraum von drei Jahrzehnten ab, an dessen Beginn Rathenau erst zu einem allmählich gefragten Autor aufstieg, bis er schließlich im Ersten Weltkrieg und spätestens an

¹ Band 2 der auf sechs Bände geplanten Walther Rathenau-Gesamtausgabe mit „Hauptwerken und Gesprächen“ wurde von Ernst Schulin herausgegeben und erschien 1977, es folgte 1983 Band 6, herausgegeben von Hans Dieter Hellge, der den Briefwechsel mit dem prominenten Publizisten Maximilian Harden enthielt.

dessen Ende zu einem der meistgelesenen deutschsprachigen Autoren zählte. Wohl kaum eine Werkausgabe kann dabei mit einer solchen inhaltlichen Breite aufwarten: Sie reicht thematisch von der naturwissenschaftlichen Dissertation bis hin zu für private Zwecke verfassten oder auch nur als Fragment überlieferten Theaterstücken, erstreckt sich zeitlich von der Doktorarbeit 1885 bis zu den Dokumenten über „Parlamentarismus“, „die Funktion des Aufsichtsrats“ sowie einem Text über den Schriftsteller Frank Wedekind aus dem Frühjahr und Sommer 1914.

Der auf Dünndruckpapier erschienene, gut 1.600 Seiten umfassende Dokumentenband wurde von seinem Herausgeber Jaser, der bereits die Briefausgabe Rathenaus mit besorgt hat, geradezu vorbildlich editorisch bearbeitet. Neben einer luziden biographischen Skizze und einer stringenten thematischen Einleitung finden sich eine ausführliche Überlieferungsgeschichte mit einer Übersicht der älteren Rathenau-Schriften, Briefe und Privatdrucke zwischen 1902 und 1932 sowie eine Schilderung der gescheiterten Rathenau-Volksausgabe in den Jahren 1931-1933. Das Ende des Bandes bilden ein editorisches Nachwort sowie ein Anhang mit verschiedenen Verzeichnissen und Indices (u.a. einem Personenregister). Die Dokumente werden in sechs Abteilungen gegliedert und innerhalb dieser chronologisch präsentiert: Aufsätze, Essays, Denkschriften, Reden und Tagebücher bilden auf über eintausend Seiten mit rund achtzig Quellenstücken sowie weiteren Zusätzen und Varianten den ersten Teil. Ihm folgen auf knapp 200 Seiten Aphorismen, knapp zwanzig Seiten mit Aussprüchen und fünf Theaterstücke auf gut siebzig Seiten. „Vermischtes“ in ähnlichem Umfang sowie ein ebenso langer gesonderter Abschnitt mit Rathenaus Vermittlungstätigkeit für die wirtschaftlichen Interessen der Gebrüder Mannesmann in Marokko aus dem Jahr 1910 beschließen den Dokumententeil. Gegenüber der sonstigen recht schmucken Ausstattung fällt der Bildteil in der Mitte des Buches mit elf schwarz-weißen Abbildungen eher karg aus.

Manche der hier wiedergegebenen Dokumente hatte Rathenau bereits zu Lebzeiten, u.a. in seinen „Gesammelten Schriften“ (5 Bände, 1918) drucken lassen, andere erschienen posthum, wieder andere anonym. Etliche der hier vorgelegten Stücke waren bisher ungedruckt und damit so gut wie unbekannt. Bei jedem einzelnen Dokument finden sich Erläuterungen zur Textkonstitution und zu den Druckvorlagen sowie editorische Nachbemerkungen. Außerdem werden im Anschluss Textvarianten, die sich aus Korrekturen des Autors ergeben, mitgeteilt. Auch die Textsorten sind zahlreich: Rathenau war ein Akteur, der je nach Anlass und Zweck von kurzen Essays bis zu ausführlichen Denkschriften verschiedene Formate scheinbar mühelos beherrschte.

In der Frühphase der ersten zwei Jahrzehnte zwischen 1885 und 1906 beschäftigte sich Rathenau mit Kunst, Philosophie und Moral, dem folgte eine Phase mit ausgeprägtem Interesse für Wirtschaftsthemen, der sich ab 1907/08 fast nahtlos eine Zeit mit politischem Interessenschwerpunkt anschließt. Die überwiegende Zahl seiner Schriften erschien in Zeitungen: die kulturkritischen Artikel in der „Zukunft“ von Maximilian Harden, die politischen Essays in der Wiener „Neuen Freien Presse“. Rathenau nutzte vor allem die Umfragen bei Prominenten in der liberalen Presse, dem „Berliner Tageblatt“ und der „Frankfurter Zeitung“, um zu aktuellen politischen Themen Stellung zu beziehen. In dezidierten Äußerungen ging er auf Distanz zum wilhelminischen Obrigkeitsstaat und zur deutschen Großmachtpolitik. Zugleich mahnte er Reformen des politischen Systems und eine wirtschaftliche Kooperation innerhalb Europas an. Eine Kandidatur für die Nationalliberalen kam 1911 nicht zustande. Rathenau beklagte 1912 das Unrecht gegen das deutsche Judentum und appellierte an ein „menschliches, soziales und bürgerliches Gewissen“ (S. 827). Er forderte die Reform des politischen Systems, um mit einer „politischen Auslese“ (S. 944) die besten Kräfte für den Staat zu aktivieren. Für das Deutsche Reich forderte Rathenau 1914 ein Ende des „Halbparlamentarismus“ und ein „echtes Parlament“, das hoffentlich durch ein anbrechendes neues „Stein-Hardenbergsches Zeitalter“ verwirklicht werde (S. 1105, 1108).

Neben dem politischen Zeitgenossen Rathenau bietet die Ausgabe auch Material zum Kunstkritiker und dilettierenden Literaten. Vielleicht nicht zufällig blieben die fünf Theaterstücke in seiner Schublade und kamen allenfalls privatim zur Aufführung. Dennoch enthalten die hier präsentierten Dokumente auch bemerkenswerte Passagen. Ein Beispiel aus den Aphorismen: „Christentum, Liberalismus und Technik. Ohne diese drei wären alle Menschen als Leibeigene, Bauern oder Handwerker glücklich – oder existierten nicht“ (S. 1233).

Rathenau zeigt sich in dieser Ausgabe als Multitalent: als Industrieller, Politiker und Schriftsteller kommentierte er die politischen, ökonomischen und sozialen Verhältnisse im Kaiserreich und gestaltete sie zugleich mit. Er beriet die Reichskanzler Bernhard von Bülow und Theobald von Bethmann-Hollweg, er organisierte die Kriegswirtschaft, und er hatte, von Fortschrittsoptimismus beseelt, politische Visionen, die ihn 1918 schließlich in den Linksliberalismus der DDP führten. In den hier publizierten Dokumenten, die ein buntes Kaleidoskop des Zeitgeschehens, der Gesellschaft und Kultur des späten Kaiserreichs bieten, zeigt sich Rathenau als deutsch-jüdischer Patriot und politisch-sozialer Reformers.

Gummersbach/Wuppertal

Ewald Grothe

ARCHIV
DES
LIBERALISMUS

in Kooperation mit



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2016

Katharina Bechler/Dietmar Schiersner (Hrsg.): Aufklärung in Oberschwaben. Barocke Welt im Umbruch.

Stuttgart: Kohlhammer, 2016, 456 S., zahlr. Ill., Karten, ISBN: 978-3-17-030248-8



Das Gesicht der Landschaft Oberschwabens ist in erster Linie durch das Barockzeitalter geprägt. Beispielhaft hierfür stehen die Klosterkirchen bzw. -bibliotheken in Wiblingen, Schussenried, in der Weissenau, Salem oder Weingarten. Erfreut sich Oberschwaben nicht zuletzt deshalb heute großer Beliebtheit bei Touristen, so zeichneten am Ausgang des 18. Jahrhunderts norddeutsche, in jedem Fall protestantische Aufklärer, ein überaus negatives Bild der Region. In deren Augen war das Barockzeitalter degeneriert und die vom Barock geprägte Landschaft Oberschwaben schlicht und ergreifend rückständig. Diese Sicht gilt es zu hinterfragen: Inwieweit haben aufklärerische Einflüsse am Ende des 18. und am Beginn des 19. Jahrhunderts Eingang in die Region zwischen Donau und Bodensee bzw. Schwarzwald und Lech gefunden. Die Spurensuche war Gegenstand

einer Tagung unter dem Titel „Zwischen Wien, Weimar und Paris – das Zeitalter der Aufklärung in Oberschwaben“, die vom 7. bis 9. November 2012 unter der Leitung des Kultur- und Archivamtes des Landratsamtes Ravensburg sowie der Gesellschaft Oberschwaben veranstaltet wurde.

Motiviert wurde die Tagung u. a. durch den 200. Todestag des aus Biberach gebürtigen Aufklärers Christoph Martin Wieland sowie durch den 300. Geburtstag von Jean-Jacques Rousseau. Die Tagungsbeiträge, insgesamt 19, sind im vorliegenden Band abgedruckt. Dabei ist es das Ziel, sowohl nach regionalen Dimensionen der Aufklärung in Oberschwaben zu fragen, wie auch eine Einordnung in den gesamteuropäischen Rahmen vorzunehmen. Zugleich sind die Beiträge disziplinübergreifend.

In diesem Sinne finden sich Fragestellungen aus „Philosophie, Literatur und Bibliotheken“, beispielhaft hierfür können die Ausführungen von Magda Schneider zu „Aufklärungstendenzen in oberschwäbischen Klosterbibliotheken“ (S. 89–112) genannt werden oder der Blick von Franz Schwarzbauer auf die alte Bibliothek der Stadt Ravensburg und, damit verbunden, die Frage, inwiefern sich in dieser Institution aufklärerische Tendenzen widerspiegeln (S. 113–129).

Solchen Tendenzen wird auch in Kunst und Musik nachgegangen, wenn die Werke von Pierre Michel d'Ixnard (Beitrag von Erich Franz, S. 133–146), Januarius Zick (Beitrag von Wolfgang Augustyn, S. 147–168) und Angelika Kauffmann (Beitrag von Bettina Baumgärtel, S. 169–190) interpretiert werden. Hieran schließt sich der Blick auf die Musikkultur in Oberschwaben im 18. Jahrhundert (Beitrag von Michael Gerhard Kaufmann, S. 191–205).

Drei Beiträge widmen sich schließlich der Aufklärung in den Reichsstädten. Inwiefern, so die Frage von Wolfgang Petz, gab es Sozietäten, Medien und kommunikative Netzwerke in den Reichsstädten des Allgäus (S. 317–355). Simon Palaoro beschäftigt sich mit „Republikanismus, Gewaltenteilung und Aufklärungsgesellschaften in Ulm im späten 18. Jahrhundert“ (S. 297–315).

Eine weitere Sektion ist der Aufklärung in den Territorien gewidmet. Während sich Esteban Maurer mit „Bayerns Expansion nach Ostschwaben zwischen 1802 und 1808“ (S. 417–447) beschäftigt, beleuchtet Eberhard Fritz „das Haus Württemberg im Zeitalter der Aufklärung“ (S. 399–416) und bemüht sich dabei durchaus erfolgreich um eine Neubewertung der Herrschaft Herzog Karl Eugens (1744–1793). Doch warum, so eine der einleitenden Fragen von Fritz, beschäftigt sich ein Band zu Oberschwaben mit Württemberg? Dieses Territorium grenzte im Norden an Oberschwaben an, vor allem die protestantischen und paritätischen Reichsstädte, in erster Linie Biberach, pflegten Kontakte zum protestantisch geprägten Herzogtum. Auch war Württemberg gemeinsam mit dem Bischof von Konstanz kreisausschreibender Fürst des schwäbischen Reichskreises. Selbst auf katholischer Seite gab es mit dem Antritt der katholischen Linie der Herzöge 1733 Bindungen nach Oberschwaben. Bekanntermaßen besuchte Herzog Karl Eugen zahlreiche oberschwäbische Klöster und ließ sich deren Bibliotheken zeigen.

Die bisherige Forschung neigt dazu, die Regierungszeit Karl Eugens in zwei Perioden einzuteilen, wobei die Bekanntschaft mit seiner Mätresse und späteren Gattin, Franziska von Hohenheim, gleichsam als Wendepunkt gesehen wird. In den frühen Jahren sei Herzog Karl Eugen ein verschwenderischer Despot gewesen, in späteren Jahren unter dem Einfluss Franziskas ein fürsorglicher Landesvater. Dabei wird übersehen, dass Herzog Karl Eugen auch nach seiner „Bekehrung“ weiterhin württembergische Regimenter „vermietete“, Franziska von Hohenheim keineswegs bescheiden lebte, und auch in Hohenheim, wenn auch nicht so offensichtlich, sehr hohe Summen verbaut wurden. In gleicher Weise, so zeigt Fritz auf, war die Käuflichkeit von Hofämtern auch in der Spätphase der Herrschaft Karl Eugens weiterhin üblich.

Wenn es dennoch ab 1770 zu Veränderungen in der Herrschaft Karl Eugens kam, so spiegelt dies den allgemeinen Übergang vom Barock zum Zeitalter der Aufklärung wider. Bis ca. 1770 prosperierte die Landwirtschaft, ab diesem Jahr machten sich zunehmend Krisensymptome bemerkbar. Diese zeigten sich in erster Linie in Missernten wie auch in Ertragsausfällen im Weinbau. Hiermit einher gingen Verteilungskämpfe. „Vor dem Hintergrund der zunehmenden Ressourcenverknappung erschien der demonstrativ verschwenderische Luxus der Barockzeit antiquiert und geradezu perfide. Nun wandten sich selbst die Fürsten nützlichen Beschäftigungen zu und interessierten sich für wissenschaftliche Fragen ihrer Zeit. Paradigmatisch dafür steht Herzog Karl Eugen v. Württemberg“ (S. 404).

Zu den Initiativen, die der Herzog ergriff, gehörte selbstverständlich die Gründung des „militärischen Waisenhauses“ auf der Solitude, der späteren „Hohen Karlsschule“, an der vorwiegend praktische Wissenschaften gelehrt wurden: Sie wurde zur Ausbildungsstätte „für Offiziere [...] für Hof- und Kameralbeamte sowie Forstleute und auch für Musiker und Tänzer“ (S. 405). Analog dazu übernahm Franziska von Hohenheim die Schirmherrschaft über die École de demoiselles. Zugleich bekundeten der Herzog und seine Gattin Interesse für die Landwirtschaft, das sich auch beim Bau des Schlosses Hohenheim widerspiegelte. „Zu diesem Schloss gehörten Nutzgärten, exotische Gärten und eine Meierei“ (S. 406). Auch für die Zucht von Segovia-Schafen interessierte sich der Herzog, in dessen Umfeld wirkte auch der Vater des Dichters, Johann Caspar Schiller, der in den Gärten der Solitude Studien zu Wein- und Obstbau betrieb. In gleicher Weise weist Fritz auf die Rolle der Geistlichkeit in Württemberg im Zeitalter der Aufklärung hin: So wirkten Pfarrer als Kreditgeber, die Kirche erwarb sich hohe Verdienste um die Durchsetzung der Schulpflicht, und zahlreiche Pfarrer verfassten selbst Studien zu Agrarfragen: „In Wipplingen war Christoph Ferdinand Moser (1759–1800) als ‚Traubenpfarrer‘ bekannt. Die Etablierung des landesweit ersten Realienunterrichts an der Lateinschule in Nürtingen, in dem neben Sprachen auch Grundkenntnisse in ‚Landwirtschaft, Seidenbau, Botanik usw.‘ vermittelt werden sollten, geht auf die Initiative des Dekans und Stadtpfarrers Jakob Friedrich Klemm (1733–1793) zurück“ (S. 410).

Abschließend geht Fritz der Frage nach, inwiefern die vom Herzog bzw. seinem Umfeld gewonnenen Erkenntnisse in der Agrarwirtschaft auch popularisiert werden konnten und in breiten Schichten der Bevölkerung auf Resonanz stießen. Der Autor kann dabei darlegen, dass dies mithin oft nicht der Fall war. Beispielsweise waren die Zuchtversuche des Herzogs bei Pferden auf Reitpferde des Adels abgestellt, nicht jedoch auf Zugtiere in der Landwirtschaft. Genauso legt Fritz dar, dass Innovationen im Weinbau kaum aufgegriffen werden konnten: Es „fehlten die rechtlichen Voraussetzungen, da die Landwirtschaft noch weitgehend nach der feudalen, aus dem Mittelalter überkommenen Ordnung betrieben wurde“ (S. 415). Mit anderen Worten: Antiquierte Rechtsvorschriften, hohe Abgaben und die Realteilung verhinderten die Einführung und Umsetzung von Reformen. Gleichzeitig mussten Bauern auf Quantität statt Qualität setzen.

Eine letzte Sektion der Tagung war schließlich dem Blick auf „Kirche und Pädagogik“ in Oberschwaben im 18. Jahrhundert gewidmet. Hier wird der Leser u. a. von Edwin Ernst Weber mit dem ehemaligen Petershauser Benediktinerpater Franz Übelacker vertraut gemacht (S. 209–235). Übelacker war reich gebildet, trat als juristischer Vertreter seines Klosters am Wiener Hof erfolgreich auf, war zugleich Architekt der Klosterkirche in Petershausen, legte u.a. die dortige Mineraliensammlung an und war schließlich ein hervorragender Kenner des Archivwesens. Als überaus geltungsbedürftige Persönlichkeit eckte Übelacker jedoch wiederholt an und kam letztlich in Konflikt, nicht nur mit der klösterlichen Ordnung, sondern auch mit der bürgerlich-adligen Lebenswelt, so nachdem er aus dem Kloster Petershausen ausgeschieden war und für einige Zeit in die Dienste des Fürsten von Fürstenberg und später Vorderösterreichs getreten war.

Es ist den Autoren und Herausgebern gelungen, einen überaus lesenswerten Band zu Oberschwaben im Zeitalter der Aufklärung vorzulegen, und es ist zu wünschen, dass dieser Impulse für weitere Forschungen geben wird.

Singen am Hohentwiel

Michael Kitzing

ARCHIV
DES
LIBERALISMUS

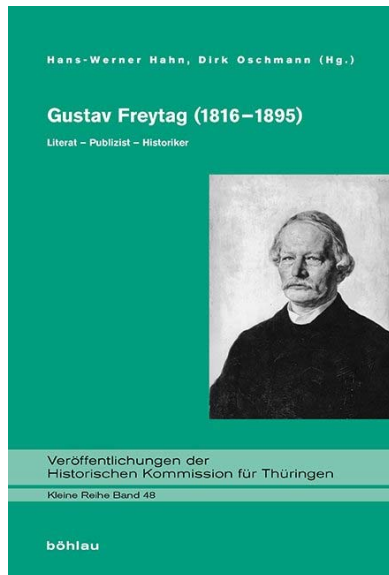
in Kooperation mit

 recensio.net

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2016

Hans-Werner Hahn/Dirk Oschmann (Hrsg.): Gustav Freytag (1816–1895). Literat – Publizist – Historiker.

Köln/Weimar/Wien: Böhlau Verlag, 2016 (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Thüringen. Kleine Reihe, Band 48), 296 S., ISBN: 978-3-412-50368-0



Der 200. Geburtstag des Dramatikers, Publizisten, Journalisten, Historikers und Politikers Gustav Freytag bildete für die Historische Kommission des Landes Thüringen den Anlass, im Rahmen eines Kolloquiums das Werk Freytags zu würdigen, wobei möglichst viele Facetten von dessen reichhaltigem Wirken beleuchtet werden sollten.

Die Erträge dieses Kolloquiums sind im vorliegenden Band vereinigt. Tatsächlich gelingt es hier, sowohl Analysen zum schriftstellerischen Werk Freytags und zu dessen Bedeutung für die Kulturgeschichte vorzulegen, wie auch zur Rezeptionsgeschichte von Freytags Werk. Vor allem verdienen jedoch aus der Perspektive des Rezensenten die Ausführungen zu Gustav Freytag als politischem Kommentator und Politiker der Reichsgründungszeit sowie die Frage nach dem Verhältnis von Gustav Freytag zu den Juden die besondere Aufmerksamkeit des Lesers.

Hans-Werner Hahn wirft einen Blick auf das politische Selbstverständnis Gustav Freytags und sein politisches Engagement zwischen Revolution und Reichsgründung (S. 49–66). Bereits in den Jahren des Vormärz war Freytag politisch engagiert und interessiert. Dabei gehörte er zu den Vertretern eines gemäßigten Liberalismus, sämtlichen radikalen Bestrebungen Robert Blums war er abhold. „Seine Abneigung gegen revolutionäre Veränderungen wurzelte in einem politischen Weltbild, in dem nur der sichere und friedliche Fortschritt zu einer dauerhaften neuen Entwicklungsstufe führen könne“ (S. 51). Dem entsprach auch die von Freytag während der Revolution 1848 initiierte Gründung eines Arbeiterbildungsvereins in Dresden. Hier ging es um Bildung und Geselligkeit. Selbstverständlich reklamierte Freytag jedoch für das Bürgertum die politische Führungsrolle innerhalb Deutschlands.

Nach dem Scheitern der Revolution 1848/49 war Gustav Freytag am Hof Herzog Ernsts II. von Sachsen Coburg-Gotha tätig. Hahn beschreibt das liberale Klima in diesem Thüringer Kleinstaat, hier wurde die Bundesgesetzgebung der Reaktionsdekade nur bedingt umgesetzt. Freytag wirkte im „Literarisch-politischen Verein“, koordinierte dessen „Autographische Correspondenz für deutsche Zeitungen“ und hielt auf diesem Wege den Gedanken an eine kleindeutsche Reichsgründung unter Führung eines liberalen Preußen wach. Zugleich wirkte Freytag als Netzwerker, sah sich jedoch, wie Hahn aufzeigen kann, selbst im zu diesem Zeitpunkt reaktionär geprägten Preußen einem Strafverfahren ausgesetzt. Seine zahlreichen Kontakte hatten zur Folge, dass Freytag auch zu den Mitbegründern des Kongresses Deutscher Volkswirte und des Deutschen Nationalvereins gehörte. Zugleich erhoffte er sich mit dem Regierungsantritt Wilhelms I. einen liberalen Aufschwung – eine Hoffnung, in der er sich mit der Berufung Bismarcks zum preußischen Ministerpräsidenten betrogen sah.

Sehr anschaulich arbeitet Hahn die durchweg ambivalente, ja widersprüchliche Haltung Freytags in der Auseinandersetzung mit Bismarck und dessen Politik heraus. Natürlich stand

Freytag in den Jahren des Heeres- und Verfassungskonfliktes in Opposition zu Bismarck, genauso wie er während des Krieges gegen Dänemark die Pressearbeit des Herzogs von Augustenburg koordinierte und den von Preußen und Österreich geführten Kabinettskrieg ablehnte. Und dennoch: Auf der einen Seite betonte Freytag immer wieder die Notwendigkeit einer organischen Lösung aller Konflikte und den nahezu geschichtsnotwendigen friedlichen Durchbruch des Bürgertums und seiner politischen Ziele. Auf der anderen Seite sah auch Freytag selbst „im Krieg eine große Chance, den Dingen in der Deutschlandpolitik die ersehnte Wende zu geben. Er warnte deshalb seine Mitstreiter im liberalen Lager, den zum Verfassungskonflikt eskalierenden Streit um die preußische Heeresreform „nicht auf die Spitze zu treiben“ (S. 58). Denn, so die Überzeugung Freytags, nur mit Hilfe eines starken und leistungsfähigen Heeres könne auch ein liberal geführtes Preußen seine Interessen durchsetzen. – In späteren Jahren würde Freytag auch die Notwendigkeit eines Krieges gegen Frankreich betonen.

In der Innenpolitik begrüßte Freytag die Annexion der von ihm als marode angesehenen kleinen Mittelstaaten im Jahr 1866 und hoffte zugleich, dass nach der Schaffung der Einheit Bismarck nun in eine liberale Politik umschwenken würde, weshalb er sich auf die Seite der Nationalliberalen stellte. Dem stand am Ende das Bedauern, ja die Trauer Freytags darüber gegenüber, dass Bismarck eben dauerhaft keinen liberalen Kurs einschlug, über das Verhältnis zum Eisernen Kanzler jedoch gleichzeitig die Einheit der liberalen Partei verloren gegangen war.

Die Ausführungen von Hans-Christof Kraus über das Verhältnis Gustav Freytags zum Kronprinzen und späteren Kaiser Friedrich III. (S. 67–83) schließen unmittelbar an den Aufsatz Hahns an. Kraus legt dar, über welche Netzwerke Freytag am Hofe Ernsts II. verfügte, gleichzeitig jedoch sich auch in bürgerlichen Kreisen bewegte, in denen mitunter eine sehr scharfe Adelskritik geübt wurde. Über die Kontakte im Umfeld Ernsts II. machte Freytag die Bekanntschaft des preußischen Kronprinzen und seiner Gattin Viktoria sowie von dessen Beratern und Freunden Franz von Roggenbach und Albrecht von Stosch. Gerade in diesem Kreis stand man Bismarck kritisch gegenüber wie auch Freytag selbst. Kraus betont ausdrücklich, dass Freytag nie ein blinder Anhänger Bismarcks war, wenn er auch Kulturkampf und Sozialistengesetz begrüßte. Dagegen kritisierte Freytag als Liberaler die Sozialgesetzgebung oder auch das Fehlen verantwortlicher Minister im Reiche.

Inwiefern, so die Frage von Kraus, konnten die Konzeptionen im Kreise um den Kronprinzen als Alternativmodell zu Bismarck angesehen werden, wurde hier wirklich liberales Gedankengut vertreten? Freytag begleitete nun den Kronprinzen selbst während des deutsch-französischen Krieges und wurde von diesem in seinem Feldlager ausgesprochen zukommend behandelt. Das gute Verhältnis zum Kronprinzen blieb dauerhaft, weshalb dessen Witwe Viktoria 1889 Freytag auch mit der Abfassung einer Gedenkschrift beauftragte¹. Diese fiel nun aber so gar nicht nach den Vorstellungen Viktorias aus. Zwar zeichnet Freytag ein menschlich durchaus sympathisches Bild vom Kronprinzen, zwischen den Zeilen wird jedoch deutlich Kritik an den politischen Einstellungen Friedrichs III. erkennbar. So beschreibt Freytag „ausgeprägte Stimmungsschwankungen, mangelnde Konzentrationsfähigkeit, charakterliche Weichheit, besonders auch die starke, fast unterwürfige Fixiertheit auf seine Gemahlin“ (S. 75). Kraus lässt keinen Zweifel daran, dass Freytag im Einklang mit der heutigen Forschung durchaus erkannte, dass ein liberaler Aufbruch auch bei einer längeren Regierung Friedrichs III. nicht mehr zu erwarten gewesen wäre, sondern dieser sich, je länger desto mehr, auch seinem vormaligen Gegner Bismarck fügte. Der Beitrag schließt mit einem Blick auf die zum Teil empörten Reaktionen auf die Schrift im Freundeskreis des Kronprinzen.

¹ Gustav Freytag: Der Kronprinz und die deutsche Kaiserkrone. Erinnerungsblätter. Leipzig 1889.

Andrea Hopp stellt das ambivalente Verhältnis Gustav Freytags zum Judentum dar (S. 233–247): Auf der einen Seite finden sich in privaten Korrespondenzen Freytags massiv antisemitische Töne, die sich vor allem auch in seinem Hauptwerk „Soll und Haben“ niederschlugen. Hier wird stets das Bild des Juden gezeichnet, der geprägt ist durch „Gefühllosigkeit und Geschäftstüchtigkeit, Bedürfnislosigkeit und Raffgier – Eigenschaften, die im krassen Gegensatz zum bürgerlichen Kaufmannsethos standen“ (S. 236). Die Autorin legt dar, wie Freytag in „Soll und Haben“ im Hinblick auf Wohnverhältnisse, Namen und Sprache deutsche und jüdische Protagonisten kontrastiert, das dabei gezeigte denkbar negative Bild der jüdischen Figuren wurde im Kaiserreich durch antisemitische Karikaturen und Bilderbögen sogar noch verstärkt.

Diesen antisemitischen Auslassungen Freytags stehen jedoch vor allem in den letzten Lebensjahren positive Äußerungen Freytags über das Judentum gegenüber. Beispielsweise war der Dichter angesichts der Radikalisierung des Antisemitismus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus beigetreten, konterte antijüdische Auslassungen Richard Wagners und stand zudem mit jüdischen Buchhändlern in engem Geschäftsverkehr. Wie ist dieser Widerspruch nun zu verstehen? Andrea Hopp erklärt diesen aus der Haltung des Liberalismus im 19. Jahrhundert: Zwischen dem Liberalismus als progressiver Strömung, die sich gegen ständische Kasten und Privilegien aussprach, und dem Judentum, das eine Emanzipation wünschte, ergab sich im 19. Jahrhundert einerseits eine Weggemeinschaft. Andererseits entsprach es jedoch dem Selbstbild vieler Liberaler, dass diese zwar gesellschaftliche Schranken aufbrechen wollten, an Stelle einer hierarchisch gegliederten Gesellschaft aber eine möglichst homogene, von gleichberechtigten Bürgern getragene Gesellschaft stellen wollten. Diese homogene Bürgergesellschaft duldete jedoch auch keine Andersartigkeit und schilderte „alle Abweichungen in den schwärzesten Farben“ (S. 245). Dementsprechend fiel es liberalen Politikern wie Freytag und Theodor Mommsen auch schwer, die Andersartigkeit der jüdischen Bevölkerung zu akzeptieren. Vielmehr forderten sie vom Judentum eine möglichst vorbehaltlose Anpassung an das Ideal ihrer homogenen liberalen Bürgergesellschaft.

Die Autoren legen einen vielschichtigen Band zu Gustav Freytag und dessen umfangreichen Werk vor. Sicherlich ist dieser Ausgangspunkt für weitere Vertiefungen zum Thüringer Schriftsteller und Publizisten.

Singen am Hohentwiel

Michael Kitzing

ARCHIV
DES
LIBERALISMUS

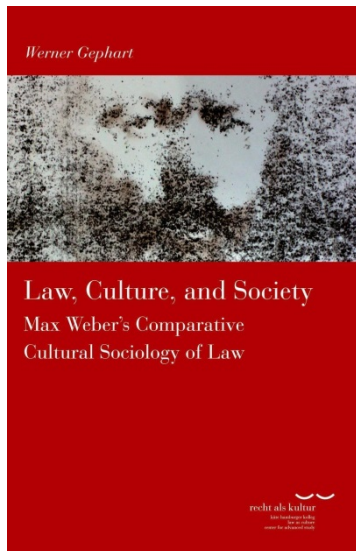
in Kooperation mit

 recensio.net

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2016

Werner Gephart: *Law, Culture, and Society. Max Weber's Comparative Cultural Sociology of Law.*

Frankfurt am Main: Vittorio Klostermann, 2015, 159 S., ISBN: 978-3-465-04231-0



Werner Gephart hat zusammen mit Siegfried Hermes 2010 die Rechtssoziologie Max Webers in einer historisch-kritischen Edition neu herausgegeben – als der schnörkellos mit „Recht“ titulierte dritte Band der Max Weber-Gesamtausgabe bei Mohr Siebeck (Band I/22-3), in dem zwei Manuskripte Webers, „Die Wirtschaft und die Ordnungen“ und ein nicht betitelter, längeres Textkonvolut, das als „Rechtssoziologie“ überliefert ist, editorisch aufbereitet wurden. Von Gephart stammt die umfangreiche Einleitung, die in Rezensionen durchaus kritisch hervorgehoben wurde: Sie sei „hypertrophiert“¹, käme einer Monografie gleich und enthalte deshalb viel Interpretation². – Der Autor projiziere seine eigenen Vorstellungen von „Recht als Kultur“ auf Max Weber.³ Insofern ist es folgerichtig, dass diese Einleitung nun als eigenständiges Buch vorgelegt wurde – hier in der englischen Übersetzung der Einleitung der 2014 erschienen Studienausgabe.

Die Übersetzung ins Englische ist eine Herausforderung – für den Autor ebenso wie für den Leser. Max Weber schrieb sprachgewaltig und nutzte die komplexen grammatikalischen Möglichkeiten, die das Deutsche bietet, um seine Gedanken darzulegen. Er schöpfte Termini wie „Einverständnissgemeinschaft“ oder „Erzwingungsstab“, die für einen Muttersprachler den Weg zur einer tiefen Einsicht ebnen, aber schwer in eine andere Sprache übertragen werden können, ohne ihre Präzision und Treffgenauigkeit zu verlieren, gerade weil für das Verständnis von Webers Überlegungen die von ihm gebildeten Kategorien und Begriffe von evidenter Bedeutung sind. Werner Gephart will die Weberianischen Kategorien und multidimensionale Methodik für aktuelle Forschungsfragen, vor allem zum wissenschaftlichen Verständnis der Globalisierung, zugänglich und anwendbar machen, indem er sich Webers Texten sorgfältig nähert und etablierte Interpretationen kritisch hinterfragt und erweitert. Das Unterfangen, dies in der globalen Wissenschaftssprache zu tun, hat erkennbar Anstrengung gekostet, gelingt aber, wenn man sich als Leser dessen gewahr ist, dass die Lektüre Webers und damit auch ihre Erläuterung immer die Überwindung hoher Hürden aus komplizierten Satzkonstruktionen, komplexen Gedankengängen und Texten mit zum Teil scheinbar mangelnder Klarheit und Konsistenz bedeutet.

Und diesen Weg will Gephart mit seiner „Einleitung“ den Lesern von Webers Rechtssoziologie ebnen. Sein Ausgangspunkt ist eine konstatierte „Irritation“ über Webers Rechtstexte – aufgrund von Vermischung von Generalisierungen und historischen Beispielen, fehlender Struktur und der schieren Fülle des Materials. Wie ein roter Faden zieht sich aber die Anerkennung eben jenes erarbeiteten Wissensschatzes und Ideenreichtums Webers durch das Buch, das Weber nicht auf seine Ausbildung und Tätigkeit als Jurist reduziert, gleichwohl in

¹ Dirk Kaesler: „Rechtsordnung“, keine „Rechtskultur“ – Ein weiterer Band der Max-Weber-Gesamtausgabe ist erschienen, http://literaturkritik.de/public/rezension.php?rez_id=15760m (2011), Abgerufen: 26.11.2016.

² Vgl. Stefan Breuer: Max Webers Rechtssoziologie in einer neuen, historisch-kritischen Edition – Das Wunder der Rationalität. In: Neue Zürcher Zeitung, Nr. 36 vom 12. Februar 2011, S. 19.

³ Vgl. Kaesler (wie Anm. 1).

den Mittelpunkt rückt, sondern ihn als einen der Geburtshelfer der Soziologie – aus dem Geist der Jurisprudenz heraus –, Nationalökonomien und vor allem universell bewanderten Rechtshistoriker würdigt. Die tiefen Schichten in Webers Texten werden offengelegt und zugänglich gemacht.

Das Buch ermöglicht eigenständig, nicht nur als „Einleitung“, einen Zugang in die Weberianische Vorstellungswelt, systematisiert und strukturiert die von ihm gebildeten rechtssoziologischen Kategorien und herausgearbeiteten Entwicklungsbedingungen für ein rationales Recht und ordnet die umfassenden historischen Studien Webers nachvollziehbar in diesen theoretischen Kontext ein. Der Autor hat Wert darauf gelegt, die Genese der Texte in Auseinandersetzung und Abgrenzung mit bzw. zu anderen wissenschaftlichen Schulen und Denkern darzustellen. – Die Entstehung der Texte müsse verstanden werden, um Webers Weg der theoretischen Argumentation folgen und ihren theoretischen Gehalt sichern zu können. Die vorangestellte Darstellung des Zusammenhangs zwischen Biografie und Werkentwicklung nimmt viel Raum ein, ist zwar durchaus erhellend, aber, betrachtet man das Buch eben nicht nur als reine „Einleitung“, auch ermüdend. Ein „Gegengewicht“ in Form einer tiefergehenden Begründung, warum und in welcher Form die Weberianischen Kategorien und Methoden noch heute fruchtbar sind bzw. gemacht werden können, hätte den Anspruch untermauert, Webers Rechtssoziologie für aktuelle Forschungsfragen verfügbar zu machen – ebenso eine Einordnung in auf Weber folgende, anschlussfähige Ansätze, wie z. B. von Talcott Parsons, Niklas Luhmanns Systemtheorie oder die Begrifflichkeiten des (evolutionären) Institutionalismus. So haftet dem Buch aber leider doch der Charakter einer zu lang geratenen Einleitung an, die mehr interpretiert als, Hilfestellung gebend, erläutert.

Auch wenn – wie in einer Rezension angemerkt⁴ – die Deutung von Webers Rechtssoziologie als „vergleichende Kulturosoziologie des Rechts“, wie es der Untertitel des Buches verspricht, eine Überinterpretation, getragen von der eigenen Vorstellung des Autors von Recht als Kultur, sein mag, so ist gerade diese Idee – Recht als Kultur – ja nicht von der Hand zu weisen. Und Gephart gelingt es, Webers Vorstellungen und rechtshistorische Untersuchungen als einen wesentlichen Ausgangspunkt dafür darzustellen. Man kann mithilfe von Werner Gephart in Webers Schriften einen „Legal Pluralism“ emporsteigen sehen, gerade weil sich Weber so enthusiastisch und tiefgreifend mit dem Rechtsverständnis und der -herleitung in anderen Kulturen beschäftigt hat, wobei ihm mehr an der Ordnung und Systematisierung aus soziologischer Perspektive denn dem Vergleich von Rechtskulturen gelegen war. Seine Betonung und Untersuchung der Diversität von normativen Ordnungen lenkt den Fokus auf die Bedingungen für die Rationalisierung des Rechts, seine Loslösung von Religion und autoritärer Herrschaft – mithin den Kern von Rechtsstaatlichkeit. Das ist es, was Max Weber – als Vordenker von Juristen, Soziologen, Politologen und anderen – so ungebrochen aktuell macht und die anhaltende Faszination für und Auseinandersetzung mit seinen Texten begründet. Diese Begeisterung ist Werner Gephart in seiner Arbeit anzumerken und macht die beglückenden Mühen, die Schichten von Webers Werk sorgsam abzutragen, greifbar.

Dresden

Jana Licht

ARCHIV
DES
LIBERALISMUS

in Kooperation mit

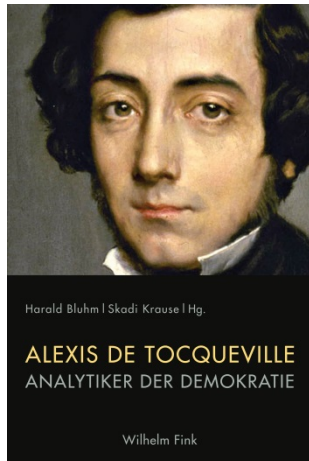
 recensio.net

⁴ Vgl. Kaesler (wie Anm. 1).

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2016

Harald Bluhm/Skadi Krause (Hrsg.): Alexis de Tocqueville. Analytiker der Demokratie.

Paderborn: Wilhelm Fink, 2016, 341 S., ISBN: 978-3-7705-5954-1



Tocquevilles Nachdenken über Möglichkeiten, die Freiheit in Zeiten demokratischer Gleichheit zu bewahren, und sein Insistieren, gerade die praktizierte Freiheit wirke den Gefahren der Demokratie entgegen, sichern dem französischen Adligen seit dem Erscheinen seiner Abhandlung „Über die Demokratie in Amerika“ (1835/1840) einen Platz im Pantheon des Liberalismus. Gleichzeitig erwies er sich stets als sperriger Liberaler. Vielen Grundüberzeugungen der Liberalen seiner Zeit – der Vorbildhaftigkeit der USA, dem Individualismus oder der Lehre vom wohlverstandenen Eigeninteresse – stand er skeptisch gegenüber. Tocqueville wird daher in der Regel als Liberaler mit konservativen Schattierungen präsentiert, die gelegentlich auf seine aristokratische Herkunft, also auf eine nostalgische Rückbesinnung auf vordemokratische Zeiten, zurückgeführt werden.

Der vorliegende Sammelband nähert sich Tocqueville nicht primär über ideologische Einordnungsversuche, sondern über die vorgelagerte Frage nach den Konturen und Eigenarten der „neuen politischen Wissenschaft“, die er mit seinem Amerika-Werk zu begründen beanspruchte. Dabei erhalten die methodischen Aspekte seines Vorgehens besondere Aufmerksamkeit.

Die Herausgeber betonen in einem ausführlichen eigenen Beitrag die erfahrungswissenschaftliche Grundlegung des Tocquevilleschen Ansatzes. Seine politische Wissenschaft bleibt nicht bei normativen Vorgaben für die Gestaltung des politischen Lebens stehen, sondern er entwickelt die Theorie aus den Beobachtungen, die er am amerikanischen Beispiel gemacht hat. Dabei kombiniert er Überlegungen zu den inneren und äußeren Erfahrungen der Bürger, berücksichtigt also mentale Dispositionen und deren Veränderbarkeit ebenso wie das Wechselspiel mit institutionellen Regelungen. Mehrere Beiträge betonen vor diesem Hintergrund Tocquevilles Deutung der freiwilligen Assoziationen der Bürger als Ausdruck, aber auch Bildungsinstanz freiheitlichen demokratischen Handelns.

Tocquevilles Aufzeigen von Paradoxien und Ambivalenzen führt aber zu einem Schillern seiner Darlegungen, das eine klare ideologische oder wissenschaftliche Zuordnung so schwierig und die Lektüre so anregend macht. Mehrere Beiträge bezweifeln rundheraus den innovativen Charakter der „neuen politischen Wissenschaft“. Wird diese in ihren historischen Entstehungskontext eingeordnet, lassen sich republikanische und moralistische Traditionen erkennen, die Tocquevilles Denken geprägt haben, auch wenn er diese kreativ und gelegentlich eher punktuell einsetzte. So blieb seine Rezeption der Schriften Rousseaus in der Forschung lange vernachlässigt, weil dies nicht dem liberalen Tocqueville-Bild seiner Zeitgenossen entsprach. Jenseits der persönlichen Abstammung aus der Aristokratie lassen sich aber gerade hier anti-aufklärerische Denkmuster ausmachen, die manche Eigenart des Tocquevilleschen Denkens auf theoretischer Ebene greifbar werden lassen. Deutlich wird Tocquevilles eigener Weg des Liberalismus auch an seiner Haltung gegenüber dem „wohlverstandenen Eigeninteresse“, das er anders als manch zeitgenössischer Liberaler nicht nur im ökonomischen Bereich verortet, sondern – wie Cheryl Welch argumentiert – durch psychologische und soziologische Aspekte erweitert.

Schwer greifbar bleibt auch die Tocquevillesche Wissenschaftskonzeption selbst. Neben den Beiträgen, die Systematisierungsversuche unternehmen, bietet der Band auch gegenläufigen Ansätzen Raum. So wendet Aurelian Craiutu die gängige Kritik an der Unschärfe der Kernbegriffe „Demokratie“, „Freiheit“ und „Gleichheit“ im Amerika-Buch ins Positive und sieht darin die besondere Raffinesse des Autors, dem erst auf diese Weise die Zusammenführung unterschiedlichster Lebens- und Handlungszusammenhänge in sein Bild von der wachsenden Bedeutung der Gleichheit habe gelingen können. Walter Reese-Schäfer argumentiert sogar, bei Tocquevilles Werk handele es sich „weniger um Wissenschaft als vielmehr um Journalismus“, da Sprache und Stil sich an den Usancen der Pariser Salonkommunikation orientiert hätten, die wiederum den Erfolg und die Verbreitung des Werks beflügelt habe.

Mehrere Beiträge des Sammelbands widmen sich vertiefenden, über das Amerika-Werk hinausgehenden Einzelthemen (z. B. Tocquevilles Beschreibung der amerikanischen Gefängnisse als Besserungsanstalten gegen demokratische Gefahren, seinem Denken über Kolonialismus oder dem Methodenvergleich mit John Stuart Mill), bevor Oliver Hidalgo Tocqueville mit gegenwärtigen „Postdemokratie“-Theoretikern vergleicht. Obwohl er mit diesen die Sorge vor einer Entpolitisierung in der demokratischen Gesellschaft teile, sieht Hidalgo deutliche Differenzen zwischen dem vorsichtigen Liberalen Tocqueville und den emphatischeren Demokratievorstellungen der neueren Theoretiker.

Dennoch zeigt die Debatte, dass Tocquevilles Denken, das um die Widersprüche und Gefährdungen der Demokratie kreist, weiter Interesse beanspruchen kann. Die damit nahegelegte erneute Lektüre dieses Klassikers des politischen Denkens dürfte sich problemlos auch aus pädagogisch-didaktischer Perspektive begründen lassen; so interessierte sich Tocqueville laut Meinung der Herausgeber dafür, wie die Bürger „Kompetenzen und Fähigkeiten erwerben, die sie in die Lage versetzen, sich als aktiv Handelnde wahrzunehmen“ (S. 81). Diese Formulierung könnte problemlos Aufnahme in ein Kerncurriculum oder eine universitäre Modulbeschreibung der Fächer Politikwissenschaft oder Geschichte finden.

Darmstadt

Detlev Mares

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2016

Grenzenlose Moderne. Die Begegnung der Kulturen im Tagebuch von Harry Graf Kessler.

hrsg. von Roland S. Kamzelak u.a. Münster: mentis Verlag, 2015, 284 S., ISBN: 978-3-89785-498-7

Kessler, der Osten und die Literatur. Mit dem Erstdruck des Dramenfragments Ivan Kaliáieff von Harry Graf Kessler.

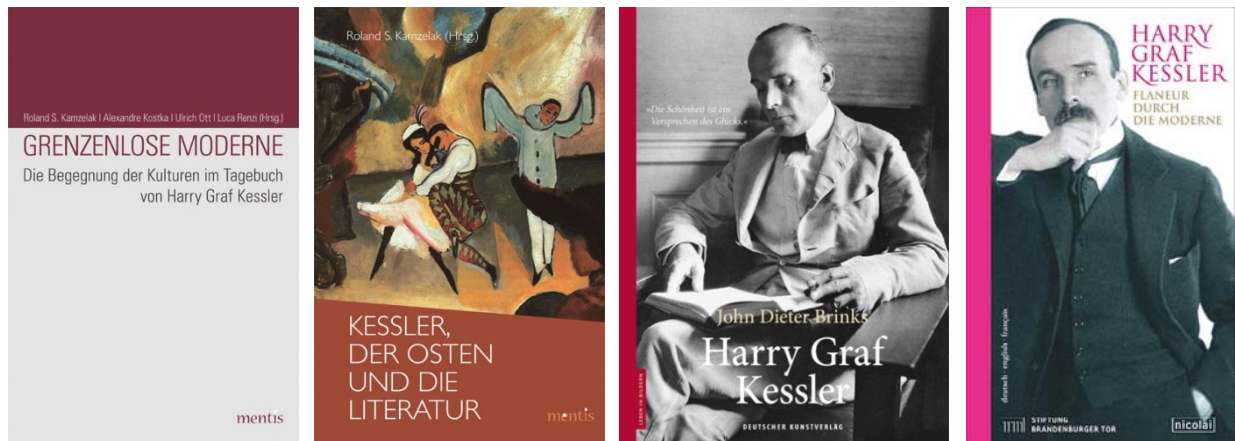
hrsg. von Roland S. Kamzelak. Münster: mentis Verlag, 2015, 160 S., ISBN: 978-3-89785-496-3

John Dieter Brinks: Harry Graf Kessler.

Berlin, München: Deutscher Kunstverlag, 2015 (= Leben in Bildern), 95 S.; ISBN: 978-3-422-07294-7

Harry Graf Kessler. Flaneur durch die Moderne. Deutsch - english – français.

hrsg. von der Stiftung Brandenburger Tor, Berlin: Nicolaische Verlagsbuchhandlung, 2016, 247 S., ISBN: 978-3-89479-940-3



„Heute vor fünfzig Jahren habe ich dieses Tagebuch angefangen“, so lautet am 16. Juni 1933 der Eintrag von Harry Graf Kessler. Seit seinem zwölften Lebensjahr führte er „fast täglich“, Tagebuch, was nicht heißt, dass es nicht größere Lücken von Monaten, manchmal Wochen und oft von mehreren Tagen gibt.¹ Er schildert neben persönlichen Erlebnissen detailliert das kulturelle, politische und gesellschaftliche Geschehen seiner Zeit.

Harry Graf Kessler, 1868 in Paris als Sohn eines nobilitierten Hamburger Bankiers und einer irischen Baronin in Paris geboren und dort zunächst in die Schule gegangen, in England als Ascot-Schüler fortsetzte und am Hamburger Johanneum mit dem Abitur abschloss, wollte nach dem Studium der Rechtswissenschaft und Kunstgeschichte in Bonn und Leipzig und nach ausgedehnten Reisen² in den diplomatischen Dienst eintreten, wurde aber nicht zur

¹ Worauf Kamzelak aufmerksam macht in: Grenzenlose Moderne, S. 124.

² Vgl. Harry Graf Kesslers Weltreisealbum 1891/1892. Mit einem Essay von Ulrich Pohlmann hrsg. von Roland S. Kamzelak, edition.eliber.de; auch Laird M. Easton, Zwischen Abenteuer die Langeweile: Harry Graf Kessler auf der Weltreise 1892, in: Grenzenlose Moderne, S. 135 ff. Zu seinen Italienreisen Lucca Renzi: Italiens Rolle in der künstlerischen und politischen Konzeption Harry Graf Kesslers, ebda., S. 147 ff. sowie auch Antonella Gargano: Harry Graf Kessler in Rom: Die Wahrnehmung einer Stadt, ebda., S. 169 ff.

Ausbildung zugelassen.³ Er verlegte seinen Schwerpunkt auf Kunst und Literatur und wurde schließlich 1903 (bis 1906) nach Weimar berufen, um das Großherzogliche Museum für Kunst und Kunstgewerbe aufzubauen. Dort gründete er auch die neue Wege der Buchkunst weisende Cranach-Presse mit ihren handgedruckten bibliophilen Kunstwerken.⁴ Kessler fand Eingang in Gesellschaftskreise und avantgardistische Künstlergruppen in Berlin, Paris und London. Er pflegte Umgang mit beinahe allen namhaften Persönlichkeiten Europas auf verschiedensten Feldern. Es gab wohl keine Premiere, keinen Empfang, keine Vernissage, kein Fest in Berlin, an dem Kessler nicht teilnahm. Sein regelmäßig stattfindendes Frühstück mit meist bedeutenden Gesprächspartnern wurde regelrecht zu einem täglichen Ritual.⁵ Hugo von Hofmannsthal, mit dem Kessler in langer kreativer, nicht immer harmonischer Kooperation stand⁶ – sie schrieben gemeinsam Opernlibretti, so auch den „Rosenkavalier“ – sprach von „zehntausend Bekannten“ seines Freundes und untertrieb damit erheblich die wirkliche Anzahl, wie sie sich aus der Liste seiner Bekannten und Ansprechpartner aus den Personenindices der Tagebücher ergeben. Dreisprachig und kosmopolitisch war Kessler wohl einer der letzten l’Homme de Lettres.

Kessler nahm am Ersten Weltkrieg auf deutscher Seite als Offizier an der West- und Ostfront teil und leitete vom Sommer 1916 an die deutsche Kulturpropaganda in der neutralen Schweiz. Die Niederlage des Reiches wurde zur Zäsur und eröffnete eine neue Phase in Kesslers Leben, in welchem er sich mehr und mehr der Politik, dem Pazifismus und der Völkerverständigung widmete. Er stellte sich leidenschaftlich auf die Seite der Weimarer Republik. Ihm verdanken wir auch eine Biografie Walther Rathenaus.⁷ Dem „Dritten Reich“ entkam Kessler regelrecht in letzter Minute nach Frankreich. Dort starb er bei seiner Schwester 1937.

Nach 1945 war Kessler nahezu vergessen. Erst Ende der fünfziger Jahre konnte der Insel-Verlag seinen von der Schwester und ihren Söhnen in Frankreich gehüteten Nachlass aufspüren. Der Historiker Wolfgang Pfeiffer-Belli gab 1961 eine viel beachtete Auswahl der Tagebücher heraus, die zum Bestseller wurde.⁸

Dem Deutschen Literaturarchiv Marbach gelang es schließlich, die vorhandenen Tagebücher sukzessive zu erwerben.⁹ Die grundlegende Ausstellung von 1988 „Harry Graf Kessler. Tagebuch eines Weltmannes“ sowie die Herausgabe der Gesammelten Schriften Kesslers¹⁰ konnten erstmals einen Überblick über das gesamte Leben und Schaffen Kesslers vermitteln. Damit war auch der Startschuss für die beeindruckende Tagebuch-Edition gegeben, die

³ Vgl. Peter Grupp: Harry Graf Kessler, das Auswärtige Amt und der Völkerbund. In: Gerhard Neumann/Günter Schnitzler (Hrsg.): Harry Graf Kessler. Wegbereiter der Moderne, Freiburg/Br. 1997, S. 281 ff.

⁴ Vgl. Hundert Jahre Cranach-Presse. Buchkunst aus Weimar (= Katalog zur Ausstellung der Anna-Amalia-Bibliothek, Weimar), Hamburg 2014, aber vor allem auch schon John Dieter Brinks (Hrsg.): Das Buch als Kunstwerk. Die Cranach Presse des Grafen Harry Kessler, Laubach, Berlin und Williamstown 2003 sowie Ulrich Ott: Gesamtkunstwerk Theater – Gesamtkunstwerk Buch. Kessler, Edward Gordon Craig und die Cranach Presse. In: Grenzenlose Moderne, S. 173 ff. und Luigi Mania: ‚Le Papier de Montval‘, ebda., S. 251 ff.

⁵ Dazu auch Gerhard Neumann, in: Grenzenlose Moderne, S. 31.

⁶ Hugo von Hofmannsthal/Harry Graf Kessler. Briefwechsel 1898-1929. Hrsg. von Hilde Burger, Frankfurt/M. 1968.

⁷ Walther Rathenau. Sein Leben und sein Werk, Berlin 1928; Neuausg. Mit einem Kommentar von Hans Fürstenberg, Wiesbaden o. J. [1962]; Taschenbuchausg. hrsg. von Cornelia Blasberg/Gerhard Schuster, Frankfurt a.M. 1988.

⁸ Harry Graf Kessler. Tagebücher 1918 bis 1937. Hrsg. von Wolfgang Pfeiffer-Belli, Frankfurt/M. 1961; 4. Aufl. 1970, als Insel-Taschenbuch 1982.

⁹ Über die Erwerbsgeschichte, seine Charakterisierung und Verzeichnung des umfangreichen Kessler-Nachlasses sowie seine Benutzungsmöglichkeiten informieren Hildegard Dieke und Angelika Kreh, in: Kessler, der Osten und die Literatur, S. 149-160; vgl. vor allem auch Ulrich Ott: Kesslers Tagebücher. Probleme und Perspektiven der Edition. In: Neumann/Schnitzler, S. 29-45.

¹⁰ Harry Graf Kessler: Gesammelte Schriften in drei Bänden. Hrsg. von Cornelia Blasberg und Gerhard Schuster, Frankfurt/M. 1988.

zwischen 2004 und 2010 acht vorzüglich eingeleitete, kommentierte und ausgestattete Bände präsentierte. Lediglich Band 1 (die Jahre bis 1891) steht noch aus.¹¹

Inzwischen sind auch weiterführende Kessler-Biografien erschienen¹², und es haben sich in Frankreich, Italien, England sowie auch in den USA Arbeitsgruppen und Forschungskreise gebildet, die Kessler einer nicht deutschsprachigen Leserschaft bekannt machen.

Die vom Deutschen Literaturarchiv Marbach und der Klassik-Stiftung Weimar angeregten und ausgerichteten internationalen Tagungen zeugen von der aktuellen produktiven Kessler-Rezeption. Zu nennen ist nach „Harry Graf Kessler. Ein Wegbereiter der Moderne“¹³ jetzt der wichtige fachübergreifende Beiträge präsenterende Tagungsband „Grenzenlose Moderne“.

Gerhard Neumann untersucht den Einfluss des Krieges auf das sich verändernde Wahrnehmungsverhalten des aus der „kunstgesättigten Friedens-Atmosphäre der Jahrhundertwende bis 1914“ kommenden Kessler.¹⁴ Auch er war von der anfänglichen Kriegsbegeisterung und den sich anfangs einstellenden militärischen Erfolgen geblendet.¹⁵ Krieg war für ihn nicht nur „ein legitimes Mittel der Politik, sondern gleichsam eine anthropologische Konstante in der Menschheitsgeschichte“, so dass er von der Sinnhaftigkeit des Krieges zutiefst überzeugt war, wurde er doch im Sinne der Verteidigung als „gerechter Krieg“ verstanden, worauf Gerhard Hirschfeld aufmerksam macht.¹⁶

Kessler begriff sich als „Beobachtungsoffizier“, als „Schlachtenbummler“¹⁷ in einem „rauschhaften Abenteuer“. Dabei unterschied er deutlich zwischen dem Feind und den Deutschen. Während er das völkerrechtswidrige Vorgehen russischer Soldaten in Ostpreußen mit scharfen Worten geißelte, war er bemüht, deutsche Grausamkeiten und Verbrechen an der Zivilbevölkerung in Belgien zu relativieren und zu entschuldigen. Gleichwohl lieferte er detaillierte Schilderungen standrechtlicher Erschießungen von etwa 200 Zivilisten. Bereits Ende August 1914 konstatierte er resigniert, dass dieser Krieg schon jetzt „viel grässlicher und barbarischer als der Krieg 70 oder selbst die Kriege Napoleons“ sei. „Man müsse wohl bis auf den 30jährigen Krieg zurückgehen [...], um etwas Ähnliches [...] zu finden.“ Und den „ungeheuren Blutzoll, den Deutsche und Franzosen vor Verdun erlitten“, habe Kessler unverblümt als „Massenmord“ bezeichnete. Hirschfeld macht deutlich, dass sich Kessler dem Krieg der Ideen und Manifestationen von Künstlern und Intellektuellen nicht anschließen wollte. „Das Furchtbare an diesem Kriege ist, dass er durch den Sieg auf dem Schlachtfeld nicht beendet, ja nicht entschieden werden wird. Wir müssen unsere Feinde, Frankreich, England, Russland, auch geistig niederringen, unsere Kultur über die ihrige heraus erheben“ und das – so fügte er hinzu – „wäre, wenn überhaupt, auch ohne den Krieg gegangen.“ Er erlitt einen Nervenzusammenbruch, und spätestens 1916 machte sich bei ihm eine Orientierungskrise breit. Er ließ sich von der Front in die Schweiz versetzen, wo er der französischen Kulturpolitik und Kriegspropaganda Paroli bieten wollte. Nach dem Krieg, 1923, scheiterte sein Versuch, für die liberale Deutsche Demokratische Partei in den Reichstag gewählt zu werden.

¹¹ Harry Graf Kessler: Das Tagebuch 1880-1937. Hrsg. von Roland S. Kamzelak und Ulrich Ott unter Beratung von Hans-Ulrich Simon, Werner Volke (†) u. Bernhard Zeller, Bde. 2-9, Stuttgart 2004-2010 (= Veröffentlichungen der Deutschen Schillergesellschaft, Bd. 50. 2-9).

¹² Peter Grupp: Harry Graf Kessler. Eine Biographie, München 1995; Burkhard Stenzel: Harry Graf Kessler. Ein Leben zwischen Kultur und Politik, Weimar, Köln, Wien 1995; Laird M. Easton: Der rote Graf. Harry Graf Kessler und seine Zeit, Stuttgart 2005; Friedrich Rothe: Harry Graf Kessler. Biographie, München 2008.

¹³ Vgl. Neumann/Schnitzler.

¹⁴ Durchs Perspektiv der Kunst. Harry Graf Kessler als Beobachter der Kultur – Die Kriegstagebücher 1914-1918, in: Grenzenlose Moderne, S. 25-41.

¹⁵ Vgl. auch Günter Riederer: Verborgene Leidenschaften. Harry Graf Kessler und das Kino. In: Kessler, der Osten und die Literatur, S. 109-124, hier S. 110.

¹⁶ Gerhard Hirschfeld: Aller Kulturalität zum Trotz. Harry Graf Kessler und der Ausbruch des Ersten Weltkriegs. In: Wegbereiter der Moderne., S. 43-58, hier S. 50.

¹⁷ Vgl. Pascal Trees: „Müßige Betrachtungen eines Schlachtenbummlers“. Harry Graf Kessler an der Ostfront des Ersten Weltkrieges und seine Warschauer Mission 1914/18. In: Kessler, der Osten und die Literatur, S. 125-147.

Für die Walther Rathenau-Forschung anregend ist der Beitrag von Cornelia Blasberg über Entstehung, künstlerische Form und Grundlagen der von Kessler verfassten Rathenau-Biographie aus dem Jahre 1928.¹⁸ Seit 1897 begegnete er Rathenau, den er zwar distanziert-kritisch beurteilte, aber sich dessen Wirkung nicht entziehen konnte: „Rathenau ist Jemand, mit dem es sich lohnt zusammenzukommen“ (Tagebuch, 19. Oktober 1906). Dessen tragischer Tod 1922 wirkte allerdings als Warnruf für die Gefährdung der Weimarer Demokratie. Während einer langen Krankheitsphase im Jahr 1927 entschloss sich Kessler, die längst fällige Rathenau-Biographie zu schreiben, was ihm in gerade einmal sieben Monaten gelang. Er konnte nicht nur auf seine eigenen umfangreichen Tagebuchaufzeichnungen zurückgreifen, sondern auch auf Gespräche und vor allem auf den verschollenen Briefwechsel Rathenaus mit Lily Deutsch, der Gattin des AEG-Direktors Felix Deutsch, mit der er in enger, wenn nicht sogar intimer Verbindung stand. Ausführlich wird daraus zitiert. Selbst bei der Weltwirtschaftskonferenz in Genua 1922¹⁹ anwesend, gelang es Kessler, die Aufzeichnungen von Ago Maltzan, dem Leiter der Ostabteilung im Auswärtigen Amt, dem eigentlichen Kopf und Drahtzieher des in Rapallo mit Sowjetrußland geschlossenen Vertrages vom Ostersonntag 1922, seiner Schilderung fast wörtlich zugrunde zu legen. Diese für die Rathenau-Forschung wichtige Quelle wird zusätzlich ergänzt von den zahlreichen nachträglichen Ergänzungen Kesslers in den bald notwendigen Neuauflagen und besonders in den französischen, holländischen und englischen Ausgaben seiner stark nachgefragten Rathenau-Biographie.²⁰

Hofmannsthal, der „die künstlerische Kraft“ von Kesslers biografischem Werk würdigte, wollte allerdings dessen „Schlusspointe“ wenig Sympathie entgegen bringen. Kessler zitiert nämlich den Brief von Rathenaus Mutter an die Mutter des Mörders ihres Sohnes. Diesen Schluss konnte Hofmannsthal nur als künstlerischen Missgriff, als „Nachäffung russischer Haltungen“ verstehen.

Eine vergleichbare „Schlusspointe“ finden wir in Kesslers Dramenfragment „Ivan Kaliáieff“. Dieses erwähnt er erstmals am 9. Januar 1932 im Tagebuch. Er recherchiert in Paris.²¹ Im Mai bespricht er sein Vorhaben mit Max Reinhardt und vereinbart eine mögliche Aufführung des Dramas. Soweit kommt es allerdings nicht. Kessler rettet sich vor den Nationalsozialisten ins französische Exil. Das Drama selbst bleibt Fragment. Dieses befindet sich als Manuskript im Nachlass Kesslers und wird nun erstmals veröffentlicht in „Kessler, der Osten und die Literatur“ (S. 15-39).

Der in Warschau 1877 geborene russische Dichter, Terrorist und Sozialrevolutionär Ivan Kaliáieff verübte 1905 ein tödliches Attentat auf den Moskauer Großfürsten und Bruder des Zaren Nikolaus II. Dieses ursprünglich zwei Tage vorher geplante Attentat hatte er abgebrochen, weil dessen Frau mit den beiden Kindern ebenfalls in der Kutsche war, die er somit verschonen wollte. Diese moralische Tat brachte dem Attentäter weitreichende Berühmtheit und Bewunderung ein. Die Großfürstin besuchte den Attentäter im Gefängnis. Dieser lehnte jedoch jede Begnadigung ab und starb durch den Strang.

Gerade diese Begegnung musste Kessler berührt und zu seinem Entschluss, darüber ein Drama zu schreiben, animiert haben: „Zwei Menschen, die Nichts mehr zu verlieren haben und aus diesem Nichts und diesem Mystischen heraus einander näher kommen [...]“, lesen

¹⁸ Biographie als Projekt. Harry Graf Kessler und Walther Rathenau. In: Wegbereiter der Moderne, S. 59-74.

¹⁹ Dazu Luca Renzi: Italiens Rolle in der künstlerischen und politischen Konzeption Harry Graf Kesslers, in: ebda., S. 147-168.

²⁰ Vgl. Ernst Schulz: Der Biograph und sein Held. Harry Graf Kessler und Walther Rathenau. In: Neumann/Schnitzler, S. 307 ff.

²¹ Darüber, über die Turgenew-Bibliothek in Paris und über Kesslers Kontakte zu (Exil-)Russen sowie über sein Bemühen, seine Schrift „Richtlinien für einen wahren Völkerbund“ (Weimar 1920) ins Russische zu übersetzen, informiert Dina Gusejnova: Die russophile Fronde. Mit Kessler zur bibliografischen Internationale. In: Kessler, der Osten und die Literatur, S. 41-65.

wir in Kesslers Tagebuch vom 18. März 1932. Mit dieser im zweiten Akt geschilderten Begegnung im Gefängnis, in der die Großfürstin die Hände des Mörders ihres Mannes küssen will, bricht Kesslers Drama ab.

Über Kesslers Bewunderung der russischen Literatur und besonders von Dostojewski erfahren wir von Kay Wolfinger.²² Sein Leseverhalten generell untersucht jetzt Roland S. Kamzelak.²³ Kesslers Lesequantum ist erstaunlich. In den Jahren zwischen 1880 und 1930 erwähnt das Tagebuch über 1.400 Schriftwerke unterschiedlichster Gattungen. Er liest meist im Original, neben Deutsch auch Englisch, Französisch sowie Griechisch und Latein. Auffallend sei sein Faible für historische Stoffe. Obwohl der Vielleser die meisten der Autoren, wie Theodor Däubler, Wieland Herzfelde, Otto Flake, Albert Ehrenstein, Georg Heym, Gottfried Benn, Johannes R. Becher persönlich kennt, ist über deren Werke allerdings wenig in den Tagebüchern zu finden. Offensichtlich – so die These Kamzelaks – ist die avantgardistische Ästhetik der „emphatischen Moderne“ am Kulturmenschen Kessler unreflektiert vorbeigegangen. Er sei alles andere als ein „Motor“ für die Verbreitung moderner Literatur gewesen.

Anders verhält es sich mit dem neuen Medium Kino. Wie Günter Riederer²⁴ herausfindet, war das Kino zum Zeitpunkt seiner Erfindung im Jahr 1895 bei Kessler „eine Leerstelle“, und eine Beziehung zum Film lässt sich auch in den folgenden Jahren bei ihm nicht feststellen. Erst während des Ersten Weltkrieges sollte sich dies ändern; denn die Wahrnehmungsgewohnheiten hatten sich in dieser Zeit tiefgreifend verändert. Kessler habe den Zusammenhang zwischen Kino und Krieg zu „einem Leitmotiv“ für sein Kriegstagebuch gemacht. Nun häufen sich „Kennzeichen filmischen Sehens“, Textpassagen, in denen „der kinematografische Apparat zu laufen beginnt.“ Wie eine Kamera, die versucht, „Bewegungs-Bilder“ zu dokumentieren, habe Kessler immer wieder neue Szenerien und Bildfolgen beschrieben. Die praktische Umsetzung konnte er ab 1916 als Leiter der „Kulturpropaganda“ in der Schweiz erproben. Er nimmt Einfluss auf den Spielplan Schweizer Kinos und betätigt sich sogar gemeinsam mit George Grosz und John Heartfield als Filmproduzent. Kessler – so das Fazit – sei in dieser Zeit „zu einem echten Kinogänger“ geworden, „der sich dem neuen Medium mit steigender Begeisterung annähert.“

Nach dem Krieg besuchte er – wie die Tagebücher berichten – während seiner Reisen in die USA zunehmend Filmtheater. Ein erwachendes Interesse für „Phänomene der Massenkultur“ zeichnete sich ab, was er besonders am sowjetischen Film bewundern konnte. Obwohl Kessler Ende 1918 für nicht einmal einen Monat Leiter der Deutschen Gesandtschaft in Warschau war, findet sein Verhältnis zu Osteuropa und speziell zu Polen in der Forschung wenig Beachtung. Pascal Trees macht auf diese Wissenslücke aufmerksam.²⁵

Der Krieg war es, der Kessler Ende August 1914 nach Russisch-Polen führte, wo er sich ein eigenes Bild über die dortigen Verhältnisse verschaffen konnte. So stellte er fest, dass es in Polen „keine bürgerliche Kultur“ gebe, „die Empfindung von Kultur hat man nur in den Kirchen und den mit Heiligenbildern geschmückten Bauernstuben. [...] Dabei ist die polnische Rasse schön und anziehend, man sieht hier bei den Polen viele hübsche und edle Gesichter, namentlich bei den Frauen und jungen Leuten.“ Deutlich missbilligt er „das Gewimmel von Juden.“

Eine für Kessler immer dringlicher werdende Frage ist die nach der Zukunft Polens. Dieses dürfe „nie an Russland fallen“. Anzustreben sei wohl eine Personalunion mit Österreich oder besser mit Deutschland. Dabei schwebte Kesslers „Eroberungsträumen“ eine Lösung vor

²² In: ebda., S. 67-87.

²³ Harry Graf Kessler und die Literatur der emphatischen Moderne, S. 89-100.

²⁴ Siehe S. 117, Anm. 15.

²⁵ Siehe Anm. 17.

nach dem Muster der Verbindung Englands mit seinen „großen Kolonien (Canada, Australien).“

Schließlich, und das ist ein wichtiger Punkt, behandelt Trees das Zusammentreffen Kesslers mit Pilsudski. Dieser befehligte eine polnische „Legion“ mit dem Ziel, die Bevölkerung Russisch-Polens mit Habsburger Hilfe zu einem Aufstand gegen Russland anzustacheln, was ihm allerdings nicht gelang. Im Oktober 1915 kam es zu einer ersten Begegnung mit Pilsudski. Kessler war es dann auch, der sich 1918 dafür einsetzte, Pilsudski aus seiner Internierungshaft in Magdeburg freizulassen und ihn nach Warschau zu schicken, um einen möglichen polnischen Aufstand gegen die deutsche Besatzung zu verhindern. Wenige Tage später trat er selbst seine diplomatische „Mission“ in Warschau an, die er allerdings nach drei Wochen fluchtartig abbrechen musste. Sie blieb Episode, „ohne sein Verschulden [...] Fiasco.“²⁶

Neben diesen informativen, unser Wissen bereichernden Aufsatzsammlungen, Ergebnisse mehrerer Tagungen, ist besonders die zwar knappe, aber sehr präzise und vor allem vorzüglich gestaltete Darstellung von John Dieter Brinks hervorzuheben. Brinks geht eigene, neue Wege. Gegliedert ist sein Essay in acht Kapiteln, die den „Lebensabschnitten“ entsprechen, wie sie Kessler selbst verstanden hat und in denen er „das Schwergewicht auf einen jeweils bestimmenden Sektor seines Lebens verlagert und die übrigen Felder seiner Tätigkeit in den Halbschatten rücken – ohne dass sie ihre Präsenz und Faszination einbüßen.“

Brinks bietet ein differenziertes Kessler-Bild. Wenn nahezu alle Biographen Kessler in erster Linie als subtilen Beobachter zeichnen, so versteht ihn Brinks auch als Handelnden, als Mann der Tat, der die Flucht in die Gesellschaft und in die Aktion existentiell brauchte. 1913 gründet der kunstbesessene Ästhet in Weimar die Cranach-Presse und wird als Verleger Schöpfer der vielleicht schönsten Bücher, die im 20. Jahrhundert gedruckt worden sind. „Die Schönheit“, so schreibt er einmal, „ist ein Versprechen des Glücks.“ Ein knappes Dutzend „hinreißend schöner Bücher“ erschien. Dieses mit Illustrationen von Künstlern, Bühnenbildnern und Grafikern aus Frankreich, Belgien und England mit hohem künstlerischen Anspruch bestehende, von Kessler eigenhändig gestaltete „Gesamtkunstwerk“ war allerdings alles andere als ein finanzieller Erfolg.

Brinks hatte bereits intensiv über die Cranach-Presse gearbeitet und erweist sich einmal mehr als ausgezeichneter Kenner dieses bemerkenswerten Unternehmens, das unverwechselbar mit dem Namen Kesslers verbunden ist.²⁷ Kein Wunder auch, dass das Kapitel „Der Schöpfer schöner Bücher“ einen wahren Lesegenuss darstellt. Seine Studie macht jedoch deutlich, dass Kessler keineswegs nur „der Schöpfer bestechend schöner Bücher, sondern ein einzigartiger Zeuge einer einzigartigen Zeitenwende, ja, Weltenwende“ gewesen ist.

Er verweist aber auch auf eine andere Seite Kesslers. Dieser „war jung, er war reich, und er war zeitlebens ein schöner Mann. Er verfügte über eine hohe Intelligenz“, schreibt der Autor in seinem reich bebilderten Portrait über den Freund und Berater zahlreicher Schriftsteller, Künstler und Politiker. Er debattierte mit ihnen, förderte sie und schrieb bemerkenswert kenntnisreiche Essays über ihre Werke. Auch soll er ein beeindruckender Redner gewesen sein, wie an einem Beispiel aufgezeigt wird. Kessler kannte zwar unzählige Menschen, verkehrte intensiv in der Gesellschaft, aber er hatte wohl nie einen wirklichen Freund. Seine homoerotische Neigung habe er kaum ausgelebt.

Brinks ist auch Autor in dem attraktiv gestalteten, dreisprachigen – also Kessler gemäßen – Begleitband einer weit beachteten Ausstellung im Max Liebermann Haus am Berliner Brandenburger Tor. Für ihn bedeuten neben den Tagebüchern vor allem die Publikationen der

²⁶ Brinks, S. 15.

²⁷ Vgl. oben Anm. 4.

von Kessler 1913 in Weimar gegründeten Cranach-Presse als dessen nachhaltiges „Kunstwerk“. Er habe „eine vollkommene harmonie zwischen schriftbild, illustrationen und papier“ herzustellen versucht, wie er es selbst formuliert hat. Dieses „einzigartige Zusammenspiel von Illustration und Typographie“ habe ein Meisterwerk geschaffen, das für uns Nachgeborene zum eigentlichen „Gesamtkunstwerk“ für Kesslers Leben wurde.

Seit 1892/93 hatte sich Kessler für Berlin als Lebensmittelpunkt entschieden. Dort traf er bald auf Max Liebermann, in dessen Haus am Pariser Platz er „die ersten Schritte in den Dschungel der zeitgenössischen Kunst“ setzen sollte, wie Christoph Stölz betont. Zum „Erweckungserlebnis“ wurde seine Bekanntschaft mit dem belgischen Architekten und Designer Henry van de Velde. Er sollte für ihn seine 1898 neu bezogene Wohnung in der Köthenerstraße gestalten, aber auch die in der Weimarer Cranachstraße. Kessler wurde zu dessen Impressario und machte ihn in den Salons der Hauptstadt bekannt. Als Direktor der Kunstschule empfahl er ihn nach Weimar, das für Kessler zur „Drehscheibe“ eigener Aktivitäten wurde. In den Jahren 1903 bis 1906 konzipierte er als ehrenamtlicher Leiter des Großherzoglichen Museums für Kunst und Kunstgewerbe ein ambitioniertes Ausstellungs- und Vortragsprogramm mit fast vierzig Wechselausstellungen namhafter internationaler Repräsentanten der künstlerischen Moderne, wie Max Klinger, Claude Monet, Wassily Kandinsky, Paul Gauguin, Edvard Munch, Aristide Maillol und auch Auguste Rodin, dessen Aquarelle weiblicher Akte zum Skandal und schließlich zu Kesslers Demission führten. Auch Kesslers Traum von einem in Weimar von Maillol und van de Velde zu gestaltenden riesigen Nietzsche-Denkmal konnte nicht realisiert werden.

Kessler war Mitte der zwanziger Jahre überschuldet. Er lebte über seine Verhältnisse, war auf die Unterstützung seiner Mutter angewiesen, dann aber von seiner Schwester abhängig und musste schließlich Teile seiner Kunstsammlung veräußern. Er starb verarmt im französischen Exil.

Heidelberg

Wolfgang Michalka

ARCHIV
DES
LIBERALISMUS

in Kooperation mit

 recensio.net

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2016

Kristian Buchna: Im Schatten des Antiklerikalismus. Theodor Heuss, der Liberalismus und die Kirchen.

Stuttgart: Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, 2016 (= Kleine Reihe, Band 33), 127 S., ISBN: 978-3-942302-10-4



Dass eine schmale, illustrierte und mit Einschlägen im Zeitschriftenstil aufgemachte Publikation keine schmale Kost zu liefern braucht, beweist das zu besprechende, in der populärwissenschaftlichen Reihe der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus erschienene Bändchen eindrücklich. „Wer von Heuss, dem Liberalen, spricht, kann von Heuss, dem Protestanten, nicht schweigen“, diese Einsicht des Autors Kristian Buchna (S. 87) drängt sich auch dem Leser auf.

Heuss' Leben ist durchzogen von kirchenpolitischen Positionierungen in der Nachfolge des national-sozialen und linksliberalen Parteivorsitzenden Friedrich Naumann, der um seiner politischen Betätigung willen sein Pfarramt aufgegeben hatte, eine säuberliche Trennung, die Heuss befürwortete. Als Vertreter des Kulturprotestantismus wurde er Redakteur der Naumannschen Zeitschrift „Die Hilfe“, nahm am Evangelisch-Sozialen Kongress teil und engagierte sich für den liberalen Pfarrer Traub, den das konservative Konsistorium seines Amtes enthob. Für Heuss führte diese Parteinahme zur Niederlage bei seiner ersten Landtagskandidatur in Backnang, wo er aufgrund einer geringen Mehrheit protestantisch-konservativer und pietistischer Wähler das Mandat verfehlte. Fortan trat er analog zu Luthers Zwei-Reiche-Lehre für die klare Trennung von Politik und Religion ein. Dazu gehörte auch der Einsatz gegen die Ausläufer des Kulturkampfes (das bis 1917 geltende Jesuitengesetz) und gegen die Judenzählung im preußischen Heer 1916.

Buchna weist überzeugend nach, wie Heuss im „Dritten Reich“ von Beginn an auf der Seite der Bekennenden Kirche stand, deren Kampf gegen die von den „Deutschen Christen“ betriebene Gleichschaltung der protestantischen Kirche mit dem nationalsozialistischen Staat er nicht nur publizistisch begleitete. Vielmehr vermittelte er der Bekenntniskirche einen Mäzen, der ihr finanziellen Spielraum verschaffte. Solange Heuss Herausgeber der „Hilfe“ war, nutzte er sie für die Inschutznahme der Kirche vor staatlichem Totalitarismus und für religiöse Gewissensfreiheit. Erstaunlich ist, wie Heuss sich in religiösen und kirchengeschichtlichen Quellentexten auskannte. Ein Briefzitat des Reformators Martin Luther, er wolle lieber mit Christus fallen als mit dem Kaiser stehen, diente ihm in Zeiten der Führerdiktatur als starkes oppositionelles Signal. Auch nachdem er Ende 1936 seine Herausgeberschaft aufgeben musste, setzte er seine Publizistik, nun in Form großer Biografien, für die Vermittlung bürgerlich-liberaler, somit oppositioneller Werte ein.

Heuss' Eintreten für eine wertgebundene Politik schloss grundlegende religiös-ethische Texte wie die Zehn Gebote und die Bergpredigt mit ein. Heuss suchte die Balance zwischen klassischem Liberalismus (Zurückweisung des kirchlichen Machtanspruchs) und geläutertem Liberalismus (Anerkennung kirchlicher Anliegen und christlicher Wertevermittlung). Der Staat wiederum habe nach Cavours Maxime „freie Kirche im freien Staat“ überkonfessionell und

religiös neutral zu bleiben. Dieses Bekenntnis lösten die Liberalen durch die simultane Einheitsschule (in der Weimarer Republik) bzw. die christliche Gemeinschaftsschule (in der Bundesrepublik Deutschland) anstelle der konfessionellen Bekenntnisschulen ein. Heuss verwahrte sich gegen die politische Einflussnahme der katholischen Bischöfe, die das Elternrecht auf Konfessionsschulen im Grundgesetz verankern wollten, wobei er sich auf Luthers Zwei-Reiche-Lehre berief, die das Schulwesen der Stadt bzw. dem Land zuwies. Er widersprach auch der bischöflichen Scheidung der politischen Landschaft in ein christlich-antitotalitäres und ein unchristlich-staatsgläubiges Lager. Hingegen akzeptierte er als Kompromiss die Übernahme der Kirchenartikel aus der Weimarer Verfassung von 1919 ins Grundgesetz. Buchna weist ausdrücklich darauf hin, dass es die liberalen Fraktionen und deren führende Köpfe Friedrich Naumann und Theodor Heuss waren, die die kirchen- und religionsfreundlichen Verfassungssysteme 1919 und 1949 mit begründeten. Dennoch fand die katholische Kirche sich mit der Verweigerung des Elternrechts auf Konfessionsschulen nicht ab, sondern rief künftig zur Wahl der CDU auf.

Im höchsten Staatsamt als Bundespräsident setzte der Verantwortungsethiker Heuss Signale zur Entkrampfung des kirchlich-staatlichen Verhältnisses, wozu auch die finanzielle Förderung der Kirchen in der DDR gehörte. Doch seine ausgleichenden Ambitionen fanden Grenzen, weil er zum einen auf die Opposition der Reformierten (Barth) und der Linksprotestanten (Niemöller) traf, und weil es zum anderen in der FDP neben einem „geläuterten“, nicht kirchenfeindlichen, nicht atheistischen Liberalismus auch weiterhin den liberalen Antiklerikalismus gab, etwa in Person des zeitweiligen Bundesjustizministers und Parteivorsitzenden Thomas Dehler, dessen Rigorismus die Fronten zwischen seiner Partei und dem kirchentreuen Laienkatholizismus verhärtete.

Im Ertrag sieht Buchna Heuss' Versuch eines Brückenschlags zwischen Kirchen und Liberalismus auf längere Sicht gescheitert, obwohl die Friedrich-Naumann-Stiftung sich in den 1960er Jahren für den liberal-konfessionellen Dialog engagierte, wodurch sogar ein katholisch-liberaler Arbeitskreis gebildet wurde. Das Kirchenpapier der FDP von 1974 begründete, wiewohl praktisch nicht umgesetzt, eine neue Eiszeit zwischen der FDP und den Kirchen. Dies registriert Buchna, bemängelt aber ausdrücklich, dass die Geschichtsschreibung die Brückenbildung zwischen den liberalen Parteien und den Kirchen unterschlägt. Seine kleine Schrift vermag – im Gefolge seiner einem wissenschaftlichen Spezialpublikum zuzuordnenden Dissertation¹ – möglicherweise die notwendigen breitenwirksamen Anstöße zu geben, die geeignet sind, weitere Aspekte dieses Kapitels der Liberalismusgeschichte wieder ans Licht zu heben.

Solingen

Horst Sassin

¹ Vgl. Kristian Buchna: Ein klerikales Jahrzehnt? Kirche, Konfession und Politik in der Bundesrepublik während der 1950er Jahre, Baden-Baden 2014.

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2016

Patrick Bormann/Judith Michel/Joachim Scholtyseck (Hrsg.): Unternehmer in der Weimarer Republik.

Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 2016 (= Beiträge zur Unternehmensgeschichte, Band 35), 397 S., ISBN: 978-3-515-11215-4



Die Geschichtsschreibung zur deutschen Wirtschaftselite ist längst ein etablierter Teilbereich der historischen Elitenforschung. Haben sich dabei in den letzten Jahren die Erkenntnisinteressen, nicht zuletzt flankiert durch die Forschung im Rahmen der sogenannten Elitesozio-logie, auch verändert oder zumindest anders gewichtet, wurden dabei Begrifflichkeiten und Definitionen von (Macht-, Funktions- oder Positions-)Elite oder „herrschender Klasse“ auch neu unterlegt, so blieb das Forschungsinteresse über Reproduktion, Ausübung und Handlungsspielräume von (historischer, sozialer wie ökonomischer oder politischer) Macht gerade auch in Bezug auf die politische Entwicklung hin zum Nationalsozialismus stets im Fokus der Untersuchungen.

Im Rahmen der von Bormann, Michel und Scholtyseck herausgegebenen Unternehmensgeschichte in der Weimarer Republik ist es vor allem das Ziel, „die Eigenständigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung der Weimarer Republik und ihres Unternehmertums deutlicher hervorzuheben“ (S. 7). Und dies mit dem Fokus darauf, die Rolle der (Groß-)Industrievertreter und ihre Verantwortung am Scheitern bzw. am Untergang der Weimarer Republik und dem sogenannten „deutschen Sonderweg“ zu hinterfragen und ihr Handeln historisch zu beurteilen und einzuordnen. Ungeachtet der seit Karl Mannheim inaugurierten, nicht unproblematischen Kategorisierung im Rahmen eines Generationenkonzepts dient in dieser Studie die Betrachtung von Vertretern unterschiedlicher Unternehmensgenerationen einer Analysestrategie, die auf der Basis eines „repräsentativen Querschnitts“ (S. 22) deutscher Wirtschaftsvertreter die Grundlage für eine weiterführende Debatte über Tradition, Innovation, individuelle oder kollektive Motive, Zwänge und Handlungsfreiräume der hier untersuchten Wirtschaftselite bildet.

Anhand von 26 kurzbiographischen Studien wird dabei nicht nur die Wirtschaftsgeschichte der Weimarer Republik widergespiegelt, sondern darüber hinaus auch die (branchen-) spezifisch zu meisternde Unternehmenspolitik gegenüber den durch den Kriegsausgang bedingten Herausforderungen wie den Wegfall von Produktionsstätten, Rohstoff- und Absatzmärkten sowie die Umstrukturierung von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft. Abgesehen von August Thyssen (Jörg Lesczenski), der als „Urgestein der Industrialisierung“ (S. 30) zum Vorstand eines Familienunternehmens und einflussreichen Wirtschaftslenker wurde, dem politisch engagierten freisinnigen Spielwarenhersteller Max Oscar Arnold (Esther Reinhart), dem jüdischen Großbankier Louis Hagen (Ulrich S. Soénus) oder Hugo Junkers (Detlef Siegfried) bildet die Generation der sogenannten „Wilhelminer“ der Unternehmerjahrgänge der 1860er und 1870er Jahre den eigentlichen Schwerpunkt der biographischen Studien. Mit ihnen ging letztlich auch die Wandlung des Unternehmertypus' vom bisherigen Unternehmer und gleichzeitigen Eigentümer der Produktionsanlage (z.B. Thyssen) zum Managerunternehmer (Duisberg, Brandis) als professionellem Leiter eines Unternehmens einher. Mit dem „Aufstei-

ger“ und „Selfmademan“ (S. 14) Franz Urbig (Martin L. Müller), mit Robert Bosch (Joachim Scholtyseck), Carl Duisberg (Werner Plumpe) und Paul Reusch (Benjamin Obermüller) tritt eine Gruppe von Unternehmern auf, deren erfolgreichste Phase im ausgehenden Wilhelminismus lag und die sowohl während als auch nach dem Ersten Weltkrieg weiter an der Spitze der deutschen Wirtschaft standen. Zu ihnen gehören auch Industrielle wie Gustav Krupp von Bohlen und Halbach (Ralf Stremmel), Hugo Stinnes (Per Tiedtke), Carl Bosch (Kordula Kühlem), Paul Silverberg (Boris Gehlen) und Albert Vögler (Alfred Reckendrees); unternehmerische Talente, die mit Innovationskraft, zunehmender akademischer Ausbildung, der Nutzung und Verquickung von moderner Technik, Wissenschaft und Ökonomie ein neues Unternehmensprofil schufen und durch strukturelle Veränderungen, erweiterte Geschäftsbeziehungen und vertikale Verflechtungen expansiv und global zu wirtschaften wussten. Mit dem damit einhergehenden steigenden Selbstverständnis als Großunternehmer und Wirtschaftsbürger verband sich zugleich eine personelle Durchdringung bzw. Vernetzung von Wirtschaft, Kunst, Wissenschaft und Politik, die bis in die Weimarer Republik nachwirkte. „Erfinderunternehmer“ (S. 63) wie Hugo Junkers (Detlef Siegfried), der Luftfahrtpionier Hugo Eckener (Roman Köster) und der Flugzeugindustrielle Claude Dornier (Lutz Budraß) stehen dabei gleichermaßen für (flug-)technischen Fortschritt und deren industrielle und Produktionsweise wie für die Problematik, deren Wirtschaftlichkeit und die unternehmerische Selbstständigkeit mit den Interessen von Politik und Staatsbürokratie in Einklang zu bringen.

Innovation sowohl in Bezug auf die Branche als auch auf die strukturelle Gestaltung des Unternehmens kennzeichnen die Biographien der im Kulturbereich wirkenden Bruno und Paul Cassirer (Ulrike Grammbitter) wie auch die des im Versicherungswesen tätigen Robert Gerling (Boris Barth). Erfolg und Scheitern der jeweiligen Unternehmenskategorie und ihrer Akteure unterlagen dabei nicht nur den tiefgreifenden Veränderungen der wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen, sondern vor allem auch der Fähigkeit zu Flexibilität und Pragmatismus, der den Erhalt oder gar die Erweiterung von Eigen- und Firmeninteressen förderte. Dies wiederum bedingte allerdings zugleich – wie auch in der Studie festgestellt – eine gewisse unpolitische Haltung der Unternehmer, die sich, – mit Ausnahme von Robert Bosch oder Carl Duisberg, die beide der Weimarer Republik mit „weitgehende[r] Akzeptanz“ (S. 13) gegenüberstanden – sowohl im Kaiserreich als auch in der Weimarer Republik in einem notgedrungenen Arrangement mit der Politik widerspiegelte. Eine allen gemeinsame Haltung zeigt sich in der Kritik am zunehmenden staatlichen Eindringen in wirtschaftliche und finanzpolitische Belange wie etwa im Rahmen der Sozialisierungspläne und der Finanzreform zu Beginn der Weimarer Republik. In diesem Zusammenhang findet man dann in dieser Gruppe wiederum auch ein sich abzeichnendes aktives politisches Engagement ökonomischer Fachleute, wie dies etwa bei Franz Urbig, Paul Silverberg und Albert Vögler festzustellen ist.

Von besonderem Interesse wäre dabei jedoch auch gewesen, Unternehmer und Industrielle wie Max Warburg, Felix Deutsch oder insbesondere Wilhelm Cuno oder Walther Rathenau in die Untersuchung mit einzubeziehen, die mit ihrem politischen Engagement eine eigene Kategorie der Wirtschaftselite bilden und damit auch eine erweiterte Perspektive hätten schaffen können.

Die Neigung zu politischem Opportunismus, um über alle Systemwechsel hinweg zu einem modus vivendi mit der politischen Führung im Interesse des eigenen Unternehmens zu gelangen, kennzeichnet dann gerade auch die nachfolgende Generation der in den 1880er Jahren Geborenen wie Magda Goebbels ersten Ehemann Günther Quandt (Judith Michel) oder Friedrich Flick (Tim Schanetzky) und Rudolf Blohm (Andreas Meyhoff). Sie wiederum arrangierten sich, primär geprägt durch die zum Teil für sie profitable Kriegswirtschaft, weit- aus mehr mit der Tatsache staatlichen Eingriffs in unternehmerische, wirtschaftliche und finanzpolitische Belange. Sie lösten die Generation des „ehrbaren“, auf Handlungsautonomie bezogenen Unternehmers ab und erwiesen sich vielmehr als ‚man for all occasions‘.

Generell – so die Quintessenz dieses Bandes – trat das Unternehmertum der Weimarer Republik in keiner Weise in besonderem Maße als „Steigbügelhalter des Faschismus“ hervor (S. 11). Vielmehr erwies es sich danach als unideologisch im politischen Sinne, als eine heterogene Gesellschaftsgruppe, der man, so zumindest eine Lesart, eine gewisse Naivität in Bezug auf die politische Entwicklung nach 1933 nicht absprechen kann. Nur wenige der genannten Unternehmer konnten sich zu einem uneingeschränkten Bekenntnis zur Weimarer Republik durchringen. Vielmehr verhielten sie sich opportunistisch, bewiesen Akzeptanz gegenüber sogenannten „gemäßigten Kräften“ des neuen Systems zur Verfolgung von Eigeninteressen und zeigten sich scheinbar unkritisch und pragmatisch handelnd zur Mitwirkung in der NS-Wirtschaft bereit (S. 12). Der Grundtenor der Studie liegt daher auf der von Gerald Feldman bereits formulierten These, wonach „die Wirtschaft als ganze, als mächtige und einflussreiche Kraft innerhalb der deutschen Gesellschaft, sich im geringsten um die politische Rettung der Demokratie bemüht hat“ (S. 11)¹

Dies so zu betrachten, ist sicherlich *ein* Ergebnis der hier vorgestellten Biographien, doch hinterlässt diese gewonnene Erkenntnis angesichts der Tatsache, dass gerade viele der hier porträtierten Unternehmer, wie Carl Bosch, Albert Vögler, Wilhelm Zangen, Gustav Krupp von Bohlen und Halbach oder Friedrich Flick, zu den wichtigsten Industriemagnaten des „Dritten Reiches“ gehörten, einen durchaus zwiespältigen, hinterfragenswerten Eindruck und wirkt angesichts der Dimension der Kooperation zwischen Wirtschaft und NS-Staat doch etwas eindimensional.

Einerseits bietet die Vielzahl der hier porträtierten, unterschiedlichen Generationen angehörenden Unternehmer einen guten, – vor allem dank ihrer weiten Branchenstreuung, der Betrachtung unterschiedlicher Unternehmenstypen, -persönlichkeiten und -strukturen – auch wirklich „allgemeinen Überblick über das Unternehmerspektrum der Weimarer Republik“ (Klappentext). Die Beiträge gehen andererseits kaum über eine deskriptive Betrachtung hinaus und blenden die nachfolgende unternehmerische Entwicklung vor dem Hintergrund der Weimarer Zeit weitgehend aus, weshalb man die postulierte „Eigenständigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung der Weimarer Zeit und ihres Unternehmertums“ aus einer erweiterten Perspektive durchaus auch hinterfragen und die Bedeutung und vor allem die effektive Verantwortung deutscher Unternehmer in der Weimarer Republik auch durchaus kritischer betrachten kann.

Berlin

Christiane Scheidemann

ARCHIV
DES
LIBERALISMUS

in Kooperation mit

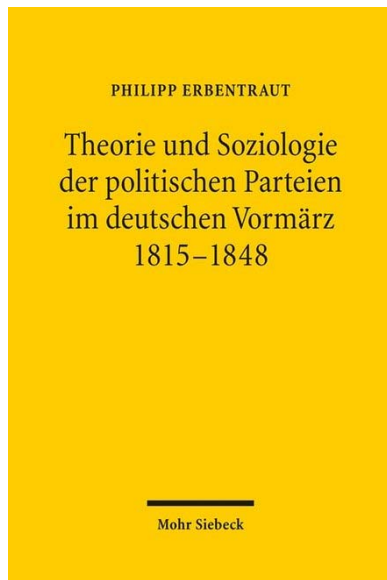
 recensio.net

¹ Das Zitat geht zurück auf Gerald Feldman: Politische Kultur und Wirtschaft in der Weimarer Zeit. Unternehmer auf dem Weg in die Katastrophe. In: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 43 (1998), S. 3-18, hier S. 17.

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2016

Philipp Erben-traut: Theorie und Soziologie der politischen Parteien im deutschen Vormärz 1815–1848.

Tübingen: Mohr Siebeck, 2016, 391 S., ISBN: 978-3-16-154485-9



Die politikwissenschaftliche Dissertation von Philipp Erben-traut, die 2015 an der Universität Düsseldorf eingereicht wurde, untersucht das Nachdenken über Bedeutung, Funktion und Organisation der politischen Parteien im deutschen Vormärz. Der Autor will analysieren, wie das „politische Denken“ im Vormärz das „Phänomen der politischen Partei“ bewertete (S. 2). Methodisch ordnet er sich der Politischen Ideengeschichte zu; dabei bezieht er sich konkret auf den Weimarer Historiker Hans Rosenberg, der eine „geistige Gruppengeschichte“ entwarf, die nicht (nur) die „großen schöpferischen Denker“, sondern auch Intellektuelle und Schreiber der zweiten und dritten Reihe in den Blick nahm (S. 18). Dieser Zugriff einer „problemorientierten und demokratisierten Ideengeschichte“, die nicht nur „autorenzentrierte Gipfelwanderungen“ berücksichtigt (S. 19), erweist sich als fruchtbar, wenngleich die Abgrenzung zur Diskursgeschichte offen bleibt.

Ausgangspunkt Erben-trauts ist die parteiengeschichtliche Forschung der 1960er und 1970er Jahre, die, so der Autor, bis heute fortwirke. Diese sei zum einen davon ausgegangen, dass „es im politischen Denken der Vormärzzeit eine Art generellen Anti-Parteien-Affekt gegeben (habe), der einer positiven Aufnahme des neuen Phänomens mindestens bis zur Frankfurter Paulskirchenversammlung im Jahr 1848 grundsätzlich im Wege gestanden habe“ (S. 8 f.). Gerade die Parteienfeindschaft der Liberalen sei – zumindest bis zur wegweisenden Arbeit von Uwe Backes – besonders betont worden. Zum anderen werde in der Forschung noch immer die These kolportiert, „die damaligen Autoren hätten unter Parteien noch gar keine realen politischen Gruppen, sondern lediglich ideelle Gesinnungsgemeinschaften, philosophische Schulen oder politische Großströmungen verstanden“ (S. 9). Hingegen will Erben-traut zeigen, dass das vormärzliche politische Denken nicht nur eine sehr klare Vorstellung vom Organisationscharakter politischer Parteien hatte; auch habe eine „Parteiendiskussion“ zu „lebhaften Debatten und faszinierenden theoretischen Erörterungen selbst kleinster Einzelaspekte des gesamten Parteiwesens“ geführt (S. 324). Die Parteien seien dabei nicht nur als Gesinnungsgemeinschaften begriffen worden, sondern als politische Organisationen, die öffentlich miteinander um die staatliche Entscheidungsgewalt konkurrieren. Es habe auch keinen generellen Anti-Parteien-Affekt gegeben, sondern „Lob der Parteien“ (S. 17).

Die Studie beleuchtet in einem ersten Teil Überlegungen zu Funktionen und Rolle der Parteien im politischen System, zweitens das politische Denken zum Parteienwettbewerb und zu Kriterien zur Klassifizierung von Parteiensystemen und in einem dritten, recht knappen Teil die „Binnenansicht von Parteien“, die Diskussion um den Organisationscharakter der Parteien (S. 265 ff.).

In der Tat zeigt der Autor an zahlreichen Textbeispielen, dass im Vormärz intensiv über die generelle Bedeutung, die politischen Funktionen und den Charakter von Parteien diskutiert und gerungen wurde. Insbesondere im ersten Teil wird deutlich, wie kontrovers die Positio-

nen zu Parteibildung und Parteifunktionen ausfielen, wie stark gerade die Liberalen in der Rezeption des englischen und französischen Parlamentarismus die Notwendigkeit konkurrierender Parteien und Fraktionen und das parlamentarische Wechselspiel von Regierungsbe teiligung und Opposition reflektierten. Dabei greift der Autor auf ein weites Spektrum an Quellen und Positionen zurück, die von Hegels Rechtsphilosophie über die katholische Romantik und die Liberalen bis zu Marx und Engels reichen. Insbesondere arbeitet Erben- traut heraus, dass gerade Georg Wilhelm Friedrich Hegel mit seiner Staatslehre weniger als Gegner, denn als „kritischer Freund“ der Parteien (S. 32) verstanden werden müsse: Dass er in der „Rechtsphilosophie“ den Ständen die Funktion der Repräsentation großer Interessen übertrug, taue nicht als Ausweis eines tiefer liegenden Affekts gegenüber den Parteien. Auch anhand von Vorlesungsnachschriften wird erkennbar, dass Hegel Parteien als interme- diäre Organisationen zwischen fürstlicher Gewalt und den Interessen der Gemeinden und Individuen durchaus akzeptierte. Es erweist sich als Stärke der Arbeit, dass nicht nur staats- philosophische Schriften ausgewertet wurden – die gleichwohl einen großen Teil der Arbeit prägen –, sondern auch Periodika, Lexika, Flugblätter oder eben Vorlesungsschriften. Dies verdeutlicht die Vielfalt der Ideen und Debatten und bezieht in der Tat nicht nur die philoso- phischen „Gipfelwanderungen“ ein.

Einschränkend lässt sich auf konzeptionelle Schwachpunkte verweisen. So werden erstens die Unterschiede zwischen Parteientheorie, Parteiensoziologie und politischer Diskussion über Parteien, damit auch zwischen *wissenschaftlicher* bzw. intellektueller Parteitheorie und den Überlegungen *politischer* Akteure nicht benannt. Zweifellos waren viele Intellektuelle im Vormärz politisch tätig, verschwammen also partiell die Rollenzuschreibungen. Dennoch erscheint es wichtig, die Akteursperspektive analytisch im Blick zu behalten, um wissen- schaftliche und politische Perspektiven zu differenzieren und zugleich Fremd- und Selbst- wahrnehmungen einordnen zu können.

Zum zweiten tendiert die Arbeit dazu, die bisherige Forschung etwas vorschnell als Ensem- ble von „Vorurteilen“ (S. 323 ff.) abzuqualifizieren. Wiederholt wird deutlich, dass auch ande- re Forscher bereits die theoretischen Erörterungen zum Parteiwesen aufzeigten (so etwa Dieter Langewiesche, vgl. S. 287). Dies schmälert den analytischen Verdienst der vorliegen- den Studie nicht, doch ist die Zuspitzung der Argumentation dem Gesamteindruck hinderlich. Damit korrespondiert drittens, dass die These vom Anti-Parteien-Affekt eben doch nur partiell widerlegt werden kann. Die Studie zitiert konservative Intellektuelle und Politiker, die zwar forderten, sich in Reaktion auf die Liberalen dann ebenfalls als Partei zu konstituieren, doch zugleich *gegen* Parteien argumentierten (u.a. S. 47 ff.). Umgekehrt sahen Demokraten wie Julius Fröbel Parteien nur als Übergangsphänomen und zielten auf eine direkte Demokratie (S. 253 ff.). Dieses Spektrum an Positionen vom Anti-Parteien-Affekt bis hin zur Apologie von Parteien wird in der Studie mehr implizit deutlich.

Insgesamt handelt es sich um eine empirisch gehaltvolle, thesenreiche und schwungvoll ge- schriebene Dissertation, die trotz kleinerer konzeptioneller Einschränkungen neue Einsichten in die Parteientheorie und Staatsphilosophie des Vormärz vermittelt.

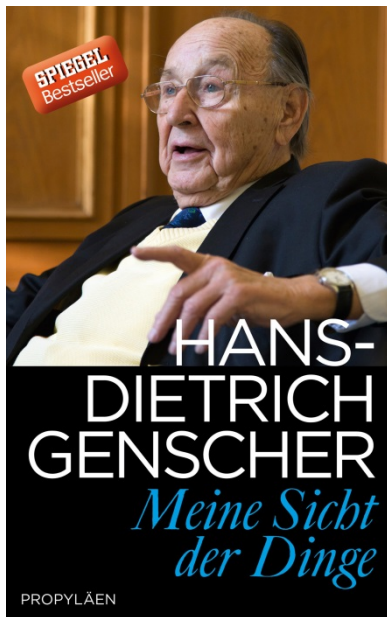
München/Augsburg

Elke Seefried

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2016

Hans-Dietrich Genscher: Meine Sicht der Dinge. Im Gespräch mit Hans-Dieter Heumann.

Berlin: Propyläen, 2015, 189 S., ISBN: 978-3-549-07464-0



„Meine Sicht der Dinge“ ist das letzte Buch des ehemaligen Bundesaußenministers Hans-Dietrich Genscher, der 2016 verstarb. Sein Ansinnen ist es, „mit diesem Buch, das auf Gesprächen mit meinem Biographen Hans-Dieter Heumann beruht, [...] eine politische Bilanz der vergangenen Jahrzehnte [zu] ziehen, die Erkenntnisse für die Zukunft bringen kann“ (S. 7).

Es ist ein Buch über Verantwortung, über gegenseitige Akzeptanz der Staaten Europas und der Welt und über die Notwendigkeit der Kooperation, um den großen weltpolitischen Fragen – u.a. einer globalen Friedensordnung – zu begegnen.

Im ersten Abschnitt über „Die Welt im Umbruch“ (S. 19–108) widmet sich Genscher zunächst dem Verhältnis des Westens zu Russland. Genscher schreibt den westlichen Demokratien und damit auch der Europäischen Union den Tadel ins Buch, dass sie die Sowjetunion/Russland nach dem Umbruch

1989/90 nicht als „gleichwertigen Partner akzeptieren“ (S. 27) wollten und auch heute nicht wollen. Dies habe mit zur Entfremdung Russlands beigetragen mit all den Konsequenzen, die wir in der russischen Politik gegenüber dem Westen beobachten konnten. „Die Annäherung der Ukraine an die Europäische Union hätte eine völlig andere Reaktion in Moskau ausgelöst, wenn sie von Verhandlungen mit Putin über diese Freihandelszone begleitet worden wäre.“ (S. 29 f.) Doch auch hier sei der Fehler gemacht worden, Russland eben nicht als gleichwertigen Partner zu begreifen. „Den anderen als ebenbürtig zu erkennen, ihm mit Würde zu begegnen“, bedeute jedoch nicht Kritiklosigkeit. „Das, was mit der Krim geschah, ist inakzeptabel“ (S. 29).

Ähnliches gilt für das Verhältnis zu Amerika, die „transatlantischen Beziehungen [seien] immer auch ein wesentliches Element globaler Stabilität und ein unverzichtbares Element europäischer Sicherheit“ (S. 43) gewesen. Allerdings müsse Washington erkennen, dass die Welt von heute „sich hin zu einer kooperativen Weltordnung und nicht zu einer imperativen“ (S. 42) entwickle.

Das Schlagwort der Kooperation gilt für Genscher auch innerhalb der Europäischen Union und des Umgangs ihrer Mitgliedstaaten untereinander. Nur durch Kooperation in dieser „Schicksalsgemeinschaft“, die über Jahrzehnte sehr gut funktioniert habe, könne Problemen begegnet werden. Als Beispiel führt er hier sehr eindringlich die aktuelle „Flüchtlingsproblematik“ (S. 66) an. Viel zu lange hätte die Europäische Union die südlichen Staaten der Union damit allein gelassen.

Der zweite Teil des Interviewbandes widmet sich – kürzer (S. 109–153) dem „Weg zur deutschen Einheit“. Hier betont Genscher – wie auch im ersten Teil – immer wieder die überragende Bedeutung des KSZE-Prozesses als „größte Menschenrechtsinitiative der Geschich-

te“ (S. 111), der neben anderem maßgeblich dazu beigetragen habe, „Feinbilder abzubauen“ und das „Ost-West-Verhältnis zu entgiften“ (S. 120). Wichtig sei, den Prozesscharakter anzuerkennen, der vom KSZE-Prozess in Gang gesetzt worden sei und durch die deutsche Einheit die europäische Einheit beharrlich vorbereitet und mitgestaltet habe. Es ist deshalb für Genscher „kaum zu glauben, dass heute ernsthaft die Auffassung vertreten wird, die Zukunft der Europäischen Union könne verbessert, manche sagen sogar gerettet werden, wenn man eine Politik des ‚Weniger Europa‘ betreibt“ (S. 123).

Der dritte Abschnitt ist mit „Vermächtnisse“ (S. 155–185) betitelt. Hier kommt natürlich u.a. die aktuelle Rolle der FDP zur Sprache, die Genscher selbst in einem „Läuterungsprozess“ (S. 157) verortet. Er traut dem Bundesvorsitzenden Christian Lindner sehr wohl zu, diesen bis zur Bundestagswahl 2017 erfolgreich abgeschlossen zu haben.

Genscher schließt sein Gespräch im letzten Abschnitt „Was jetzt zu tun ist“ (S. 178) mit den eindringlichen Worten, die auf jeder politischen Agenda, gleich ob national oder international, stehen sollten: „Es geht um die Agenda Weltfrieden, vor allem um eine weltweite Abrüstung und Rüstungskontrolle mit dem Ziel, endlich die atomare Abrüstung entschlossen voranzubringen. Die Globalisierung hat die Welt zur Überlebensgemeinschaft gemacht, eine Herausforderung, die alle angeht und die wir als Deutsche und Europäer erkennen und annehmen müssen“. (S. 185).

Dem ist nichts hinzuzufügen, außer einer klaren Leseempfehlung für dieses vorliegende Buch.

Aachen

Ines Soldwisch

ARCHIV
DES
LIBERALISMUS

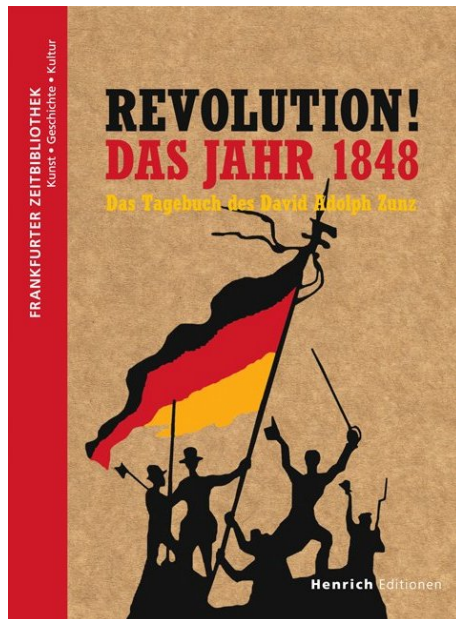
in Kooperation mit

 recensio.net

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2016

Walter Koring/Mikael GB Horstmann (Bearb.): Revolution! Das Jahr 1848. Das Tagebuch des David Adolph Zunz.

Frankfurt/M.: Henrich Editionen, 2016, 140 S., Ill., ISBN: 978-3-943407-52-5



Selbstzeugnisse verbinden individuelles Erleben mit historischen Ereignissen. Sie verleihen der Darstellung von Begebenheiten in Form eines historischen Augenzeugenberichts besondere Authentizität und Lebensnähe. Je geringer die zeitliche Distanz, in der sie zu den geschilderten Ereignissen niedergeschrieben wurden, desto höher ihr historischer Quellenwert und ihre Aussagekraft.

Die vorliegende Textwiedergabe des in Frankfurt am Main verfassten Tagebuchs von David Adolph Zunz, das am 13. Juli 1847 beginnt und am 17. September 1848 endet, darf daher als ein besonderer Glücksfall gewertet werden. Die Niederschrift fand zeitnah statt und reflektiert eine historische Umbruchzeit, in der die Stadt Frankfurt ein wichtiger Schauplatz war. 1831 geboren, trat Zunz, der aus einer jüdischen Familie stammte, 1847 als Handlungsgehilfe in das Unternehmen seines Onkels in Frankfurt ein. Als aufmerksamer

Beobachter schildert der 16- bis 17-Jährige in unregelmäßigen Abständen besondere Ereignisse, so beispielsweise ein Wettturnen, an dem sich auch Heidelberger Turner beteiligten, eine Fahrt mit einem der neuen Omnibusse von Bornheim nach Frankfurt und den Aufstieg eines Luftballons des Engländers Charles Green. Mehrfach berichtet Zunz von Bränden und den Versuchen, diese zu löschen, er beschreibt Verkaufsbuden und Schlittschuhläufer auf dem im Februar 1848 zugefrorenen Main und erzählt über die gute Apfelernte und seine Tanzstunden. Auch Alltägliches kommt im Tagebuch vor, so die Arbeit im Kontor von Zunz' Onkel und familiäre Besuche und Feiern. Das Tagebuch spiegelt daher das Leben in einer Familie des jüdischen Bürgertums in Frankfurt anschaulich und lebensnah wider.

Unter dem Datum des 4. März 1848 wird dann der Beginn der Revolution in Frankfurt beschrieben, und auch Zunz schloss sich den Menschenmengen an, die zu Volksversammlungen oder Massenaufmärschen zogen. Die Gerüchte und die Stimmungen in der Stadt werden dabei ebenso wiedergegeben wie die Ereignisse. Über die Entwicklung im nahe gelegenen hessen-darmstädtischen Offenbach und im kurhessischen Hanau, wo Barrikaden errichtet wurden, wird ebenfalls berichtet. Es ist kaum verwunderlich, dass die Aufmerksamkeit von Zunz dabei auch den möglichen Auswirkungen für die Juden galt. Besonders eindrucksvoll ist die Schilderung der Begeisterung bei der Eröffnung des Vorparlaments und der Deutschen Nationalversammlung. Doch auch kritische Folgen im wirtschaftlichen Bereich entgegen dem kaufmännischen Auszubildenden nicht. So notierte Zunz, dass die Bankrotte zunahm, die Börsenkurse auf Talfahrt waren und sich die Furcht vor Republik und Anarchie sowie der Krieg in Schleswig-Holstein negativ auf die Geschäftsentwicklung auswirkten. Ausschreitungen und Zusammenstöße, Unruhen unter der Arbeiterschaft und Katzenmusiken gegen missliebige Personen werden ebenso beschrieben wie der traditionelle gesellige Frankfurter Wäldchestag. Auch die politische Parteibildung, die Kundgebungen der politischen Gruppierungen und die Wahlen sind Gegenstand der Tagebucheintragungen. Das

Tagebuch endet mit der spannungsgeladenen Stimmung am Vorabend des Septemberaufstandes in Frankfurt. Auch hier fängt Zunz in seinen Aufzeichnungen die Stimmungen ein und vermittelt ein unmittelbares, lebendiges Bild der Unruhe in der Stadt, bevor die gewaltsamen Auseinandersetzungen begannen.

Zunz selbst scheint keine Neigungen für radikale politische Positionen besessen zu haben und trat offenbar lediglich als Beobachter auf. Als die Arbeiter der Wachstuchfabrik seines Onkels streikten und das Firmengelände besetzt hielten, wäre er bereit gewesen, sich an einem bewaffneten Vorgehen gegen die Streikenden zu beteiligen. Andererseits wurde offenbar auch Zunz vom freiheitlichen Gedankengut erfasst, denn schon am 4. März 1848 hatte er sich einer liberalen Kundgebung angeschlossen.

Das Tagebuch blieb in Familienbesitz und wurde bei der Emigration in den 1930er-Jahren mitgenommen, so dass es glücklicherweise erhalten geblieben ist. Es wurde von den Erben dem Jüdischen Museum der Stadt Frankfurt als Dauerleihgabe übergeben. Die Tagebucheinträge wurden von den Bearbeitern in heutiger Rechtschreibung normalisiert wiedergegeben. Kurze Einleitungen zu einzelnen Abschnitten enthalten Informationen zur Familie Zunz, zur Frankfurter Verfassung, zur Stellung Frankfurts im Deutschen Bund sowie zur Brandbekämpfung in Frankfurt. In den Anmerkungen werden darüber hinaus vor allem historische Begriffe, Währungen, Institutionen und Ereignisse erläutert, Personen biografisch eingeordnet sowie Gebäude und Örtlichkeiten lokalisiert und beschrieben. Ein kleiner Fehler ist dabei aufgefallen, in Anmerkung 8 auf Seite 15 muss es „Herzogtum Nassau“ statt „Hessen-Nassau“ heißen. Auf einen wissenschaftlichen Apparat wurde dagegen verzichtet.

Den Bearbeitern und dem Verlag ist für die Zugänglichmachung und Verbreitung dieser wichtigen historischen Quelle, die über die Frankfurter Stadtgeschichte hinaus von Bedeutung ist, zu danken. Es bleibt zu hoffen, dass in künftigen Forschungen mehr über den Verfasser des Tagebuchs und seine Familie zu erfahren sein wird. Die vorliegende Publikation bildet dafür eine gute Grundlage.

Ulm/Tübingen

Michael Wettengel

ARCHIV
DES
LIBERALISMUS

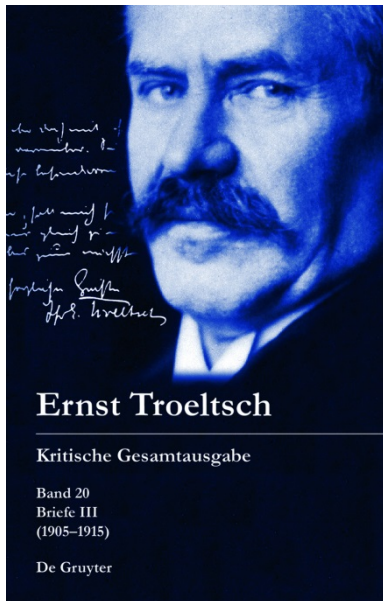
in Kooperation mit

 recensio.net

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2016

Ernst Troeltsch: Briefe III (1905–1915).

hrsg. von Friedrich Wilhelm Graf in Zusammenarbeit mit Harald Haury. Berlin/Boston: Walter de Gruyter, 2016 (= Kritische Gesamtausgabe, Band 20), XVII und 889 S., ISBN: 978-3-11-041975-7



Die Präsentation des Briefwerkes von Ernst Troeltsch bildet einen der Schwerpunkte der Kritischen Gesamtausgabe (KGA). Nachdem 2013 und 2014 bereits zwei Bände für den Zeitraum von 1884 bis 1904 mit insgesamt 296 Briefen von Troeltsch und 130 an ihn erschienen sind, liegt nun der dritte Band (von insgesamt vieren) vor. Er erstreckt sich auf die Jahre 1905 bis 1915 und umfasst 358 Briefe von Troeltsch und 230 Briefe und Karten an ihn.

Bereits diese Zahlen signalisieren den wesentlichen Sachverhalt: Die KGA dokumentiert nicht nur den Briefschreiber Troeltsch, sondern die Arbeiten an ihr sind auch der maßgebliche Grund dafür, dass dieses Textkorpus überhaupt erschlossen worden ist. Noch in den 1980er Jahren waren, wie der Herausgeber einleitend erklärt, der Forschung lediglich etwa zweihundert Briefe des Gelehrten bekannt. Dabei ist die Überlieferungslage auch dadurch beeinträchtigt, dass sich ein Korrespondenznachlass nicht erhalten hat. Sogar während der Planungsphase der Kritischen Gesamtausgabe ging man

noch davon aus, den Gesamtbestand in zwei Bänden bieten zu können. Inzwischen aber hat sich die Situation erheblich verändert. Durch intensive, jahrelang betriebene Recherchen in zahlreichen Archiven und Bibliotheken des In- und Auslands, im Autographenhandel und in verschiedenen privaten Sammlungen ist es gelungen, mehr als 1.300 Briefe von und an Troeltsch aufzufinden.

Der hier anzuzeigende Band setzt mit dem Jahresbeginn 1905 ein (am 17. Februar feierte Troeltsch seinen vierzigsten Geburtstag) und endet mit dem Abschied aus Heidelberg in der ersten Aprilwoche 1915. Die Jahre in Berlin, wo Troeltsch dann statt eines theologischen einen philosophischen Lehrstuhl bekleidete, werden in einem vierten Briefband dokumentiert werden. Das fünfte Lebensjahrzehnt bildet die wichtigste Phase im Wirken des Theologen Troeltsch. In diesem Zeitraum veröffentlichte er seine wichtigsten wissenschaftlichen Werke, aufgrund derer er zu einem der führenden Systematischen Theologen seiner Zeit, zudem aber auch zu einem vielbeachteten Kulturhistoriker wurde. Ab 1909 gehörte er als Vertreter der Universität Heidelberg der Ersten Kammer der Badischen Ständeversammlung an und gewann so auch im politischen und wissenschaftspolitischen Kontext an Gewicht. Bereits 1909 suchten sowohl die Theologische als auch die Philosophische Fakultät der Berliner Universität ihn für sich zu gewinnen, doch scheiterte eine Berufung jeweils an massiven Widerständen politischer und religiöser konservativer Kreise.

Zu den seit 1905 publizierten, größtenteils heute als klassisch geltenden Werken zählen die monumentale Abhandlung über „Protestantisches Christentum und Kirche in der Neuzeit“ von 1906 sowie der Vortrag über „Die Bedeutung des Protestantismus für die Entstehung der modernen Welt“ aus demselben Jahr. Letzterer spiegelt auch die jahrelange, allerdings keineswegs spannungsfreie Arbeitsgemeinschaft – Graf spricht von „wohl konkurrenzbestimm-

tem Austausch“ (S. VI) – mit Max Weber, die sich aufgrund der familiären Nachbarschaft in der Fallensteinschen Villa auch in den privaten Bereich hinein erstreckte. Das gleiche gilt für die „Soziallehren der christlichen Kirchen und Gruppen“, die 1912 in Buchform erschienen. Seine umfangreichen publizistischen Aktivitäten, dazu ein breites akademisches Engagement in Lehre, hochschulleitenden Funktionen (als Dekan, Prorektor und Senatsmitglied) und Akademiemitgliedschaft, seine politische Tätigkeit als Kammermitglied, Heidelberger Stadtverordneter (seit dem 27. Februar 1912 für die Nationalliberale Partei) und Angehöriger mehrerer städtischer Kommissionen sowie nicht zuletzt auch seine Einbindung in kirchliche Gremien zogen eine Weite und Vielschichtigkeit der Lebensbezüge nach sich, die im Briefwerk dieser Zeit auf faszinierende, zeitgeschichtlich bedeutsame Weise gespiegelt werden. Troeltsch selbst sah sich bei dem „Gewirr von Geschäften“ einer „Masse an Correspondenzen“ ausgesetzt, der er nur durch rigide Selbstbeschränkung zu begegnen wusste. Das führte auch zu bedauerlichen Entscheidungen: So erklärte er gegenüber Adolf Harnack seine Weigerung, dessen Bitte nachzukommen, er möge in seiner Nachfolge das Amt des Präsidenten des Evangelisch-sozialen Kongresses übernehmen, nicht allein damit, „daß ich eigentlich kein politisch-soziales Programm“ habe, sondern auch mit Hinweis auf chronische Arbeitsüberlastung (Brief vom 25. Juni 1911).

Die Einleitung des Herausgebers schildert zunächst die Überlieferungslage, geht dann auf die private Lebenssphäre und die berufliche Situation des Heidelberger Ordinarius ein, bevor eingehend der Übergang nach Berlin erörtert wird. Ein weiterer Abschnitt thematisiert die ersten Monate des Weltkrieges. Die Ausführungen zur „editorischen Konzeption“ begründen die Herausgeberentscheidung, fakultätsinterne Rundschreiben, Voten und Bemerkungen, die Troeltsch während dreier Dekanatsjahre in großer Zahl verfasst hat, nicht in den Band aufzunehmen, ausgenommen jene, die er „in eigener Sache“ mit einzelnen Fakultätskollegen wechselte.

Naturgemäß befinden sich unter den Korrespondenzpartnern zahlreiche Theologen, Philosophen und Historiker, unter anderem Adolf Deißmann, Rudolf Eucken, Kuno Fischer, Hugo Großmann, Hermann Gunkel, Karl Heussi, Theodor Kaftan, Friedrich Meinecke, Georg Misch, Rudolf Otto, Hans von Schubert, Georg Simmel, Eduard Spranger und Paul Wernle. Dass man nach einem Briefwechsel mit Max Weber nicht zu suchen braucht, ist mittlerweile hinlänglich bekannt; anzunehmen ist, dass die beiden Witwen die mit Sicherheit vorhanden gewesenen Bestände in gegenseitigem Einvernehmen vernichtet haben. Leider sind auch die Korrespondenzen Troeltschs mit seinen wichtigsten Schülern (Hermann Süsskind, Otto Lempp und Hans Ehrenberg) nicht erhalten, ebenso wenig wie die mit etlichen anderen Zeitgenossen und Weggefährten, so der mit Georg Wobbermin, seinem Heidelberger Lehrstuhlnachfolger. Einen erheblichen Bestand innerhalb des Bandes bildet dagegen der Schriftverkehr mit dem Verlag J. C. B. Mohr in Tübingen, insbesondere dessen Leiter Paul Siebeck. Unter den persönlich Nahestehenden ragt, wie schon in den vorangegangenen Briefbänden, der Göttinger Neutestamentler Wilhelm Bousset heraus.

Viele der mitgeteilten Briefe sind biographisch und wissenschaftsgeschichtlich von großem Wert. Der Mensch Ernst Troeltsch kommt dem Leser – ungeachtet des distanzbewussten, fachorientierten Tones, der auch hier meist vorwaltet – oftmals sehr viel näher, als es im Medium der publizierten Texte der Fall ist. Ein Beitrag etwa, wie der zum Thema „Gesetz“, den Troeltsch für den 1910 erschienenen zweiten Band des theologischen Handwörterbuches „Die Religion in Geschichte und Gegenwart“ verfasste, gewinnt erheblich an Lebenshintergrund, wenn man nun den Brief an den Redakteur Friedrich Michael Schiele vom 17. März 1909 kennt, in dem Troeltsch die Anlage und Durchführung der von ihm vorgenommenen Begriffsgliederung gegen Einwände verteidigt.

Der Theologe dagegen, der berufene akademische Lehrer, angehende Pfarrer und Religionslehrer, welcher Troeltsch als Heidelberger Lehrstuhlinhaber gewesen ist, der von der bayerischen Landeskirche ordinierte lutherische Geistliche und eben auch der Christ, der

gläubige Einzelne, der in seinen eigenen theologischen und religionsphilosophischen Erörterungen so sehr im Mittelpunkt steht und der er ja wohl doch auch selbst gewesen ist – dieser Troeltsch kommt in den hier versammelten Briefen so gut wie gar nicht vor. Das erstaunt und enttäuscht, hatte man doch gehofft, gerade in dieser Hinsicht nun etwas mehr Aufschluss zu erhalten. Nur selten spricht er in eingehenderer Weise überhaupt religiöse Themen an, auch dort, wo es aus Anlass seines Schreibens, etwa bei Danksagungen für Übersendungen, zu erwarten wäre. Viel näher liegen ihm dagegen selbst im persönlichen Austausch religionsgeschichtliche oder gleich systematisch-methodologische Erörterungen.

Eine seltene Ausnahme ist ein allerdings bereits seit langem bekanntes Stück, das Fragment eines Briefes vom 25. Oktober 1906 an Martin Rade. Aber auch hier überwiegt der für alle Liberale Theologie signifikante Abwehrgestus gegenüber religiöser Bevormundung und autoritärer Handhabung des theologischen Ideenbestandes: „[...] in bezug auf metaphysische Deutungen sind wir einander nichts schuldig als Duldung. [...] Wie weit in irgendeiner Erscheinung eine Kundgebung Gottes selbst vorliegt, das kann immer nur durch mein Herausarbeiten dessen beantwortet werden, was wir gewissensmäßig als einen göttlichen Appell an uns empfinden. Die Offenbarung wird daher im Grunde für jeden eine andere sein [...]. Wo einer sich religiös ergriffen fühlt, da ist eben für ihn wirklich Offenbarung“ (S. 163). Weshalb Troeltsch sich so sehr gescheut hat, die Grenze, die auch in diesen Worten markiert ist, selbst nur im privaten Kontext zu überschreiten, lässt sich auch nach Lektüre des voluminösen Briefbandes nicht sagen.

Berlin

Matthias Wolfes

ARCHIV
DES
LIBERALISMUS

in Kooperation mit

 recensio.net

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2016

Max Weber: Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus / Die protestantischen Sekten und der Geist des Kapitalismus. Schriften 1904–1920.

hrsg. von Wolfgang Schluchter in Zusammenarbeit mit Ursula Bube, Tübingen: Mohr Siebeck, 2016 (= Max Weber Gesamtausgabe. Band I / 18), XVII und 763 S., ISBN: 978-3-16-153269-6



Der Band bietet im Hauptteil die beiden Abhandlungen „Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus“ in der überarbeiteten Version von 1920. Hinzu kommen die „Vorbemerkung“ zu dem in diesem Jahr erschienenen ersten Band der „Gesammelten Aufsätze zur Religionssoziologie“ sowie der weitgehend neugefasste und auf den vierfachen Umfang erweiterte Aufsatz „Die protestantischen Sekten und der Geist des Kapitalismus“. Auf das Jahr 1904 geht die Titelgebung insofern mit Recht zurück, als die Grundlage für die Überarbeitung der ersten jener beiden Abhandlungen, betitelt „Das Problem“, die im November-Heft des „Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“ von 1904 erschienene Erstfassung ist. Die ursprünglichen Textversionen der „Protestantischen Ethik“ sowie des Sekten-Aufsatzes sind bereits 2014 im Band I/9 (Asketischer Protestantismus und Kapitalismus. Schriften und Reden 1904–1911) innerhalb der Gesamtausgabe (MWG) erschienen.

Mit dem jetzt vorliegenden Band ist nunmehr dasjenige Textkorpus vollständig in kritischer MWG-Edition zugänglich, dem Max Weber im wesentlichen seinen Weltruhm verdankt. Dieser Umstand geht in der Hauptsache auf das energische Wirken des Herausgebers Wolfgang Schluchter zurück, und er als solcher ist zunächst einmal bemerkenswert. Die Weber-Gesamtausgabe ist in den zurückliegenden Jahren mehrfach dafür kritisiert worden, dass sie – abgesehen allerdings von den zahlreichen Briefbänden – keine wirklich neuen Texte erschlossen habe. Die Art und Weise aber, wie nun gerade diese, von allen Weber-Texten am meisten gelesenen, nachgedruckten und übersetzten Schriften präsentiert werden, lässt jeden Zweifel an Wert und Bedeutung des ganzen Unternehmens verstummen. Sicherlich hätte an einzelnen Stellen sogar noch mehr geleistet werden können, und dass es entgegen mancher Erwartung nun doch nicht zu einem Paralleldruck beider Versionen gekommen ist, kann man bedauern. Dies wäre, jedenfalls nach Ansicht des Rezensenten, nicht nur die praktisch naheliegendste, sondern auch die wissenschaftlich ertragreichste Methode gewesen. Aber auch in der jetzt gebotenen Version stellt die Edition einen Meilenstein in der Weber-Forschung dar.

Das Zauberwort der Herausgeberworte im Editorischen Bericht lautet „Privatbesitz“. Es verhält sich nämlich (was bisher der Öffentlichkeit nicht bekannt war) so, dass Webers Überarbeitung der „Protestantischen Ethik“ anhand des erhaltenen Manuskriptes nunmehr in allen Einzelheiten rekonstruierbar ist. Weber benutzte für die Anfertigung der revidierten Fassung die aus den Archiv-Heften von 1904 und 1905 herausgelösten Druckseiten. Diese 54 und 110 Seiten umfassende Druckvorlage ist mit Ausnahme zweier Manuskriptblätter komplett überliefert und befand sich im Besitz des 2004 verstorbenen Historikers und Mitbegründers der Gesamtausgabe Wolfgang J. Mommsen. Die Aufschlüsse, die diese Vorlage liefert, sind erheblich. So lässt sich etwa auch der mehrstufige Korrekturvorgang nachvollziehen, in des-

sen Verlauf Weber bis in die Drucklegung hinein signifikante Änderungen vornahm. Die Leistung der damaligen Setzer ist angesichts der weitgehend enigmatischen Handschrift bewundernswert (vgl. die Abbildungen nach S. 121, 134, 232, 252 und 412).

Die für eine differenzierte Auseinandersetzung mit den Texten notwendigen Verstehenshilfen aus den Bereichen Biographie, Werkgeschichte und Problemkonstellation bietet eine sechzigseitige Einleitung des Herausgebers. Deren Dreh- und Angelpunkt bildet Webers Ankündigung vom Oktober 1919, er plane eine Sammlung seiner religionssoziologischen Aufsätze. Vorgesehen waren vier Bände, von denen zwei bereits im Druck seien. Nur den ersten konnte Weber allerdings vor seinem Tod noch selbst konzipieren und in der Endgestalt autorisieren. Er umfasst neben einer 1919 formulierten „Vorbemerkung“ zum Gesamtprojekt die überarbeiteten Fassungen der „Protestantischen Ethik“ und des Aufsatzes über die protestantischen Sekten sowie die Studie „Konfuzianismus und Taoismus“, diese umrahmt von einer „Einleitung“ zur „Wirtschaftsethik der Weltreligionen“ und einer „Zwischenbetrachtung“. Der Band ist im Oktober 1920 erschienen; die beiden dann noch von Marianne Weber publizierten weiteren Bände gehen zwar auf Webers Planung, nicht mehr aber auf seine direkte Autoreinwirkung zurück. Ein vorgesehener Abschlussband (mit weiteren Studien zur Geschichte des okzidentalen Christentums) blieb ungeschrieben.

Die Schluchtersche Einleitung schildert den Weg Webers vom Konzept des asketischen Protestantismus, wie es in den Abhandlungen von 1904/05 und dem zuerst 1906 veröffentlichten Sektenaufsatz entwickelt worden war, zu dem wesentlich weiträumigeren und auch methodisch anspruchsvolleren Projekt der „Wirtschaftsethik der Weltreligionen“. Erörtert wird auch die zeitgenössische Kritik an Weber (Werner Sombart und Lujo Brentano), auf die er in der Spätversion der „Protestantischen Ethik“ eingeht. Webers spätestens im Juli 1919 gefasster Entschluss zur Überarbeitung der Protestantismusstudie sowie des Sektenaufsatzes und die damit einhergehende Komposition des ersten Bandes der „Gesammelten Aufsätze“ bilden weitere Themen, ebenso wie die theorie- und werkgeschichtlich zentrale „Vorbemerkung“. Abschließende Ausführungen gelten dem „fehlenden Buch“, also der geplanten, aber unausgeführt gebliebenen Fortsetzung.

Der Editorische Bericht kontrastiert Webers Entscheidung zur Überarbeitung und Neupublikation von Vorhandenem mit dem thematischen Rahmen, wie er sich aus der eigenen Ankündigung und den bereits am Ende der Erstfassung der „Protestantischen Ethik“ gegebenen Hinweisen ergibt. Letztlich blieb Weber die Einlösung der selbstaufgelegten Verpflichtung schuldig, die Protestantismusstudie auf das Format der Aufsätze über die „Wirtschaftsethik der Weltreligionen“ zu bringen. Auch die Erweiterung des Sektenaufsatzes leistet in dieser Hinsicht wenig und das Entscheidende nicht. Wie eine solche Weiterführung hätte aussehen sollen, ist aufgrund zahlreicher Vorausverweise und Andeutungen nicht zweifelhaft. Die sogenannte „andere Seite der Kausalbeziehung“ – diejenige von den materiellen Verhältnissen samt der Ökonomie auf die religiös-ethische Weltsicht –, dazu auch der gesamte, in der Erstfassung ausgesparte Komplex der kirchlich-institutionellen Religionsverfassung, der zeremoniell-kultischen Ausprägungen und der sozialen Ordnungselemente hätten die von Weber zunächst ausschließlich thematisierte ethische Motivationskraft der religiös-ideellen Vorstellungswelt noch einmal in einem ganz anderen Licht erscheinen lassen.

Stattdessen konzentrierte Weber sich auf eine mehr punktuelle Weiterführung, die an der wesentlichen Aussage aber nichts änderte. Markante Zusatzformulierungen, insbesondere diejenigen, die das Stichwort „Entzauberung“ enthalten, beeinträchtigen Webers eigene Erklärung nicht, er habe in der überarbeiteten Fassung „nicht einen einzigen Satz meines Aufsatzes, der irgendeine sachlich wesentliche Behauptung enthielt, gestrichen, umgedeutet, abgeschwächt oder sachlich abweichende Behauptungen hinzugefügt“ (S. 124).

In der Kommentierung der Zweitversion der „Protestantischen Ethik“ geht der Band so vor, dass sachliche Erläuterungen, die bereits zur Erstfassung gegeben worden sind, von dort

übernommen werden; „wo Änderungen vorliegen, gibt es neue Kommentare“ (S. VIII). Der neugefasste Sektenaufsatz wird dagegen als neuer Text ediert und kommentiert; für die „Vorbemerkung“ gilt das ohnehin.

Die von Weber bei der Überarbeitung vorgenommenen Änderungen selbst, auf die es ja bei einer kritischen Edition vornehmlich ankommt, lassen sich über entsprechende Angaben im textkritischen Apparat vollständig nachweisen. Das ist angesichts des vierfach gegliederten Druckbildes (Text, Fußnoten, textkritischer und Sachapparat) kein ganz einfaches Unterfangen, zumal Webers vielfach extrem ausufernde Fußnoten zusätzlich für Unübersichtlichkeit sorgen. Es stellt sich allerdings diese editorische Vorgehensweise, sofern man den Weg der synoptischen Darbietung ausschließt, wohl als alternativlos und den MWG-Richtlinien gemäß dar. Und dennoch muss man fragen, ob hiermit wirklich eingelöst wird, was der Herausgeber verheißen hat, als er in Band I/9 erklärte: „In Band I/18 wird der Text letzter Hand zusammen mit dem frühen Text als einer Variante ediert“ (MWG I/9, 88); aber auch, inwiefern es gelungen ist, „die Textgenese für den Leser möglichst transparent zu machen“ (S. VII), wird erst der forcierte Gebrauch dieser Edition zeigen können.

Hingewiesen sei schließlich noch auf die umfangreichen Beigaben. Ein Personenverzeichnis bietet in Form kurzer Biogramme den biographiekundlichen Rückhalt; ein Glossar gibt die erforderlichen historischen, insbesondere kirchengeschichtlichen Informationen; ein Verzeichnis der von Weber benutzten Literatur unterstützt den Leser bei der kritischen Lektüre. Unverzichtbar aber für die eingehendere Auseinandersetzung mit Webers Protestantismusstudien ist das sehr kompetent angelegte Sachregister. Über dieses Hilfsmittel – ein Signum aller bisherigen MWG-Bände – lässt sich von jeder speziellen Fragestellung aus ohne weitere Schwierigkeiten der Weg zu den Texten finden. Zugleich macht es auf seine Weise aber auch noch einmal den einzigartig intensiven Zugriff Webers auf seine Thematik sichtbar.

Berlin

Matthias Wolfes

ARCHIV
DES
LIBERALISMUS

in Kooperation mit



recensio.net